

## Inhaltsprotokoll

## Öffentliche Sitzung

### Senioren debattieren im Parlament

20. Juni 2018

Beginn: 13.33 Uhr  
Schluss: 16.02 Uhr  
Vorsitz: Präsident Ralf Wieland

**Präsident Ralf Wieland** eröffnet die Sitzung und heißt die Vorsitzende der Landesseniorenvertretung Berlin, Frau Dr. Hambach, die Vorsitzende des Landesseniorenbeirates Berlin, Frau Lämmer, Mitglieder der Landesseniorenvertretung, des Landesseniorenbeirates sowie der bezirklichen Seniorenvertretungen willkommen. Er begrüße Senatorin Breitenbach und Senatorin Lompscher; Senator Geisel werde gleichfalls an der Sitzung teilnehmen. Senatorin Günther bitte ihr Fehlen zu entschuldigen. Sie habe ausdrücklich ihre Bereitschaft erklärt, die eingehenden Fragen schriftlich zu beantworten. Er gehe allerdings davon aus, dass der Senat mit allen Fragen, die nicht im Rahmen der Veranstaltung beantwortet werden könnten, so verfare. Er begrüße zudem Mitglieder der im Abgeordnetenhaus vertretenen Fraktionen.

**Dr. Johanna Hambach** (Vorsitzende der Landesseniorenvertretung Berlin) macht darauf aufmerksam, dass am heutigen 20. Juni der im Jahr 2001 eingerichtete Weltflüchtlingstag begangen werde. Dieser würdige die Stärke und Kraft, die Flüchtlinge, Binnenvertriebene und Staatenlose täglich aufbrächten. Die Generation der über 80-Jährigen habe als Geflüchtete oder Flüchtende Aufnehmende ähnliche Erfahrungen gemacht. Diese Erlebnisse ließen niemanden je los. Heute seien viele von ihnen ehrenamtlich an der Betreuung von Geflüchteten beteiligt, wofür sie ihnen ihren Dank ausspreche.

Aus den gemachten Erfahrungen wie auch der aktuellen Situation erwachsen Fragen nach Sicherheit und Geborgenheit im Alter und der Wunsch, das Alter sicher und mobil zu erleben. Dies sei der Leitgedanke der heutigen Veranstaltung. Sicherheit habe zwei Seiten, eine objektive, unter die sachliche und finanzielle Bedingungen fielen, sowie eine subjektive, zu der das Sicherheitsgefühl zähle. Letzteres falle individuell unterschiedlich aus. Dieselbe Situation könne bei einer Person Unsicherheit oder Angstgefühle auslösen, während sie für jemand anderen völlig unproblematisch sei.

Was benötigten Ältere, um sicher mobil alt zu werden? – Mobilität und ein lebenswerter sicherer öffentlicher Raum gehörten zusammen und schlossen ein achtungsvolles Miteinander aller Verkehrsteilnehmer ein; sie erinnere an dieser Stelle an die oft zitierten rüpelhaften Radfahrer. Mobilität sei auch Bewegung, und so forderten die Seniorinnen und Senioren mehr Aktivplätze und zu jedem dieser Plätze eine öffentliche Toilette. Mobilität sei eng mit Gesundheitsprävention verbunden.

Sicher mobil alt werden sei ein vielschichtiges Thema, das nahezu alle Politikfelder einschlieÙe. Was für die Seniorinnen und Senioren gut sei, sei für alle Menschen gut – den sicheren Fußweg benötigten alle Generationen. Dafür setze sich die Landesseniorenvertretung genauso ein wie für eine sichere und qualitätsvolle Pflege.

Heute vor einem Jahr, einem Monat und einem Tag – am 19. Mai 2017 – habe Senatorin Breitenbach die Landesseniorenvertretung einberufen. Die neu gewählten Vorsitzenden der bezirklichen Seniorenvertretungen hätten ihre gemeinsame Arbeit begonnen. Zusammen mit dem Landesseniorenbeirat habe eine neue Etappe im Ringen um eine kontinuierliche Seniorenpolitik im Land Berlin begonnen. Monat für Monat sei deutlicher geworden, dass die Politik erneut darauf hingewiesen werden müsse, dass Seniorenpolitik eine Querschnittsaufgabe sei, nicht allein in der Verantwortung einer Senatorin stehe und dass § 71 Sozialgesetzbuch XII – Altenhilfe – als Sollvorschrift vom Land bis zu den Bezirken in seiner Gesamtheit umgesetzt und nicht auf Pflege reduziert werden dürfe. Die Leistungen der Altenhilfe dürften keine rein freiwilligen Leistungen bleiben; es gehe immerhin um die Strukturen vor Ort und damit um die Lebenssituation älterer Menschen.

Sie danke den anwesenden Senatsvertreterinnen und -vertretern für ihr Erscheinen. Ihnen obliege heute die Aufgabe, folgende Frage zu beantworten:

Sicher mobil im Alter – welche Mobilitätsprobleme wird Ihre Verwaltung in Abstimmung mit den anderen Senatsressorts für ältere Menschen bis zum Jahr 2020 gelöst haben?

**Senatorin Elke Breitenbach** (SenIAS) berichtet, ihre Verwaltung wolle Mobilität vor allem für die Menschen stärken, die mobilitätseingeschränkt seien, wozu auch viele Seniorinnen und Senioren zählten. SenIAS sei für den Sonderfahrdienst, die Mobilitätshilfsdienste sowie für die Einführung der Inklusionstaxis zuständig. Dieses Beispiel – ein barrierefreies Taxi für alle – verdeutliche, was Frau Dr. Hambach soeben erwähnt habe: Was für Seniorinnen und Senioren gut sei, sei auch für alle anderen von Vorteil, für Menschen mit Behinderung ebenso wie für Eltern, die mit dem Kinderwagen unterwegs seien.

Ihr Haus habe die Mobilitätshilfsdienste nunmehr in ein Landesprogramm aufgenommen und sie damit abgesichert. Deren Personal sei in der Vergangenheit lediglich im Rahmen von beschäftigungspolitischen Maßnahmen und kurzfristig angestellt, die Dienste seien dadurch ständig eingeschränkt gewesen.

Zu den Fahrgastbegleiter/-innen bei der BVG werde ihr Haus noch Überlegungen für eine Neuerung vornehmen, auch in Abhängigkeit dessen, was auf Bundesebene umgesetzt werde, Stichworte: sozialer Arbeitsmarkt, öffentlicher Beschäftigungssektor bzw. andere Formen von öffentlich geförderter Beschäftigung.

Ihr Ressort arbeite darüber hinaus eng mit der Verkehrsverwaltung von Senatorin Günther zusammen, die ein Mobilitätskonzept erarbeite. Darin fänden natürlich auch die Bedarfe von Seniorinnen und Senioren Beachtung. Bis 2020 bzw. 2021 werde der Berliner Senat in Sachen Barrierefreiheit und Mobilität für alle ein ganzes Stück vorangekommen sein.

**Senatorin Katrin Lompscher** (SenStadtWohn) führt aus, ihr Ressort sei für die Zukunftsvorsorge, also für Stadtplanung, Wohnungsbau und Wohnraumversorgung zuständig. Stadtentwicklung zu denken, ohne die Bedürfnisse älterer Menschen zu berücksichtigen, wäre sträflich, da sie einen großen Anteil an der Bevölkerung ausmachten. Während in 2017 709 000 Menschen im Alter von 65 oder mehr Jahren in der Stadt gelebt hätten, gehe die aktuelle Bevölkerungsprognose davon aus, dass es bis zum Jahr 2030 844 000 Menschen dieses Alters seien. Erfreulicherweise steige die Lebenserwartung, erfreulicherweise wachse die Stadt auch um ältere Personen.

Stadtplanung und Mobilität für Ältere trafen sich vor allem in zwei Themenbereichen. So gelte es dafür Sorge zu tragen, dass neue Stadtgebiete mit dem ÖPNV gut erreichbar seien; dieser sichere letztlich die Teilhabe der Menschen am öffentlichen Leben. Des Weiteren sei wesentlich, dass die Stadtquartiere alle Angebote vorhielten, die es zum Leben brauche. Sie dürften nicht allein Wohn- und Schlaforte sein, sondern müssten dem Prinzip der kurzen Wege folgen. Dafür konzipiere ihre Verwaltung beispielsweise den Stadtentwicklungsplan Zentren, der darauf ausgerichtet sei, eine flächendeckende Nahversorgung zu sichern.

Für die Stadtquartiere würden nicht allein Bauflächen entwickelt, vielmehr müssten sie auch Freiräume enthalten, in denen man sich in dem Sinne bewegen könne, wie es von Frau Dr. Hambach formuliert worden sei.

Um Mobilität und selbstbestimmtes Leben bis ins hohe Alter zu sichern, brauche es barrierefreie Wohnungen, die auch barrierefrei erreichbar seien. Dazu bestehe Einvernehmen zwischen ihrem Haus und den städtischen Wohnungsbaugesellschaften; darauf achte ihr Ressort bei den Projekten, die der Senat direkt betreue. Baugenehmigungen würden überwiegend von den Bezirken erteilt; sie arbeiteten im gleichen Sinne wie ihr Haus und auch in Absprache mit selbigem.

Um Seniorinnen und Senioren ein selbstständiges Leben in den eigenen vier Wänden zu sichern, würden beispielsweise auch Wohngruppen für Ältere benötigt. Seit einigen Jahren berate und unterstütze die Agentur GenerationenWohnen solche Wohnwünsche. Erfreulicherweise öffneten sich die städtischen Wohnungsbaugesellschaften solchen Ideen und ermöglichten entsprechende Vermietungen. Eine Stadt, in der Menschen in einem Quartier leben könnten, das ihnen alles biete, was es brauche, um den Alltag zu bewältigen, und das zudem mit einer guten und barrierefreien ÖPNV-Anbindung versehen sei, gefalle sicherlich nicht nur ihr, sondern auch den Seniorinnen und Senioren.

**Senator Andreas Geisel** (SenInnDS) merkt an, als Innensenator tangiere ihn die Frage nach einer sicheren Mobilität ganz unmittelbar. Er befasse sich damit, was getan werden könne, damit alle Menschen die öffentlichen Verkehrsmittel nutzen könnten, ohne sich zu sorgen, ob sie dort sicher seien. Die Vorstandsvorsitzende der BVG, Frau Dr. Nikutta, habe ausrechnen lassen, dass man 600 Jahre mit der U-Bahn unterwegs sein könne, bevor man einmal Opfer

einer Straftat werde. Das klinge gut, hingegen sei derjenige, der einmal etwas Schlimmes erlebt habe, deswegen nicht beruhigt. Eine Stadt wie Berlin, in der der ÖPNV das Rückgrat der Mobilität sei, habe ein Problem, wenn Menschen lieber Abstand davon nähmen, zur Abendstunde noch mit Bus oder Bahn unterwegs zu sein, da sie einen Vorfall befürchteten. Dem müsse man entgegensteuern, was das Land auch tue. Im Februar 2017 seien gemeinsame Streifengänge von Polizei und Sicherheitsdienst der BVG verstärkt worden. Pro Jahr leisteten sie fast 100 000 Einsatzstunden. Vor zwei Tagen noch habe er mit Frau Dr. Nikutta darüber gesprochen, dass die BVG das Sicherheitskonzept erweitern müsse; die Zahl der Fahrgäste steige. Sein Ressort und insbesondere die Polizei unterstützten dieses Engagement. – Das neue Mobilitätsgesetz sehe im Übrigen vor, der BVG das Recht einzuräumen, selbst für ein Abschleppen jener Autos sorgen zu können, die auf der Busspur parkten. Sie müsse somit nicht mehr die Polizei alarmieren.

Die deutliche Zunahme der Verkehre ziehe auch ein Mehr an notwendiger Verkehrssicherheit nach sich. Berlin wachse jedes Jahr um bis zu 50 000 neue Einwohner/-innen, könne aber, relativ gesehen, nicht mehr über den Autoverkehr wachsen; der Platz reiche dafür nicht aus. Die absoluten Zahlen hingegen zeigten, dass der Autoverkehr dennoch wachse. Ein Mehr an Bevölkerung ziehe auch ein Mehr an Pkw nach sich, wenn auch die Anzahl derer, die den ÖPNV nutzten, viel stärker wachse und auch der Radverkehr insbesondere in den Sommermonaten erheblich ansteige. Diejenigen, die zu Fuß unterwegs seien, würden oft vergessen, wenn über den Streit zwischen Auto- und Radfahrern debattiert werde, obwohl auf deren Verkehrssicherheit genauso geachtet werden müsse.

Der Senat befasse sich derzeit damit, den öffentlichen Verkehrsraum Berlins umzugestalten, um den veränderten Mobilitäten Rechnung zu tragen. Auf der Frankfurter Allee oder der Karl-Marx-Allee lasse sich beobachten, dass morgens so viele Radfahrerinnen und Radfahrer auf dem 1,5 Meter breiten Radstreifen unterwegs seien, dass es für sie dort gefährlich werde. Seit gestern sei dort eine große Baustelle eingerichtet; der Straßenraum werde umgebaut, und zwar nicht zum einseitigen Vorteil der Radfahrenden, sondern um den öffentlichen Raum von allen Mobilitätsarten möglichst gleichberechtigt nutzen zu lassen. Aufgrund der auf allen Seiten stark ausgeprägten Ellbogenmentalität sei das nicht ganz einfach. Die Radfahrenden seien manchmal Kampftradler. Sobald sie ins Auto stiegen, gerieten sie zu beinharten Autofahrern. Die Aufgabe des Senats sei es, die Infrastruktur so auszubauen, dass die jeweiligen Verkehrsarten möglichst gefahrlos koexistieren könnten.

Trotzdem gelte § 1 der Straßenverkehrsordnung, die gegenseitige Rücksichtnahme. Es helfe allen nicht, wenn dieses Prinzip außer Kraft gesetzt sei, schließlich könne nicht an jeder Straßenecke ein Polizist darüber wachen, dass die Regel eingehalten werde. Alle seien gefordert, sich entsprechend zu verhalten.

Ein weiteres gesellschaftliches Problem stamme aus dem Bereich der Feuerwehr. Sie sei im Wesentlichen für den Rettungsdienst zuständig. 95 Prozent ihrer Einsätze bezögen sich nicht auf Lösch-, sondern auf Rettungseinsätze. Es sei ein dramatischer Anstieg der Nutzung des Notrufs festzustellen, darunter ein hoher Anteil nicht erforderlicher Alarmierungen der Feuerwehr. Diese überlasteten die Leitungen und veranlassten die Rettungskräfte zu Einsatzfahrten, die sich letztlich als unnötig erwiesen. Das Personal sei bereits am Rande der Kapazitäten tätig, was die Anzahl der Überstunden zeige. Der skizzierte Umstand hänge vor allem mit dem Gesundheitssystem zusammen. Solange gesetzlich Versicherte länger als privat Versi-

cherte auf einen Termin bei einem Facharzt warten müssten, unterlägen sie der Versuchung, die Notrufnummer zu wählen, um sodann im Krankenhaus untersucht zu werden. Die Politik bemühe sich darum, dem gesellschaftlichen Problem organisatorisch und strukturell zu begegnen. Sicherlich würden mehr Rettungswagen und gut motivierte Feuerwehrkräfte benötigt. Das Problem werde die Feuerwehr alleine jedoch nicht lösen oder abfedern können.

Als auch für das Ressort Sport zuständiger Senator verfolge er das Interesse, große Sportereignisse in die Stadt zu ziehen. Berlin bewerbe sich beispielsweise darum, im Jahr 2023 die Special Olympics auszurichten – die Olympischen Spiele für Menschen mit geistiger Behinderung. Wenn diese nach Berlin kämen, was er begrüßen würde, da Berlin nicht nur eine Metropole des Sports, sondern auch die Hauptstadt der Inklusion sei, müsse man sich darauf vorbereiten, die öffentliche Infrastruktur barrierefrei zu gestalten. Großereignisse dieser Art wirkten sich auf die Infrastruktur einer Stadt aus. Sie dienten auch dazu, allen in Erinnerung zu rufen, die barrierefreie Gestaltung des öffentlichen Raums nicht unter „ferner liefen“ mitlaufen zu lassen, sondern sie mit einer konkreten Zielvorstellung zu verfolgen. Es sei wichtig, jeden Tag ein, zwei Schritte zu unternehmen, um die Stadt Stück für Stück in Richtung Barrierefreiheit zu verändern.

**Dr. Johanna Hambach** (Vorsitzende der Landesseniorenvertretung Berlin) trägt die Frage von Klaus Quander vor:

Müssen Elektromobile unbedingt auf Fahrradwegen fahren?

**Präsident Ralf Wieland** mutmaßt, dass mit Elektromobilen elektrisch betriebene Fahrräder, Rollatoren und Rollstühle gemeint seien.

**Senatorin Katrin Lompscher** (SenStadtWohn) erklärt, laut Straßenverkehrsordnung seien Radwege für Fahrräder gedacht. Es sei insofern nicht angebracht, wenn diese auch von anderen Fahrzeugen genutzt würden. Wie von Senator Geisel angemerkt, hätten selbst die Radfahrenden kaum mehr Platz auf den ihnen zugedachten Radstreifen.

**Eveline Lämmer** (Vorsitzende des Landesseniorenbeirates Berlin) liest die Frage von Renate Zimmer vor:

Inwieweit sind Sie in der Lage, die Seniorenwohnanlagen, die Sie an die Deutsche Wohnen verkauft haben, für die heute dort lebenden Bewohner vor Verschlechterungen (Mieterhöhungen etc.) zu schützen?

**Senatorin Katrin Lompscher** (SenStadtWohn) erinnert daran, dass die Seniorenwohnanlagen nicht in der Zeit ihrer Ressortzuständigkeit verkauft worden seien. Der Verkauf liege länger zurück, und der Umstand sei sehr ärgerlich. Da die Möglichkeiten, Bestandswohnungen vor Mieterhöhungen zu schützen, durch Bundesgesetz geregelt seien, habe sich der Senat entschlossen, eine Bundesratsinitiative für ein sozialeres Mietrecht zu starten, damit Mieterhöhungen nach Modernisierungen, in laufenden Verträgen und bei Wieder- bzw. Neuvermietung stärker begrenzt würden. Ungeachtet dessen bestehe natürlich immer die Möglichkeit, im akuten Fall Kontakt mit dem Bezirk oder den betroffenen Bewohner/-innen aufzunehmen, um sie darin zu unterstützen, ihre Rechte besser wahrzunehmen. Das Mietrecht zähle bekanntlich

zum Zivilrecht. In den Bezirken würden offene Mieterberatungen angeboten, für akute Fälle stehe auch eine Taskforce in Sachen Mieterberatung zur Verfügung.

Man unternehme auch den Versuch, mit dem Management der Deutsche Wohnen eine Rahmenvereinbarung über eine sozialverträgliche Vermietung und Modernisierung der Berliner Bestände zu erarbeiten. Die Deutsche Wohnen sei inzwischen eine der größten Immobilieneigentümer in Berlin, ihre derzeitige Unternehmensstrategie sei, vorsichtig ausgedrückt, nicht sehr mieterfreundlich. Daher bestehe ein großes Interesse, politisch Druck aufzubauen, um die Deutsche Wohnen zu Vereinbarungen und Zusagen zu bewegen. Die Chancen dafür vermöge sie nicht einzuschätzen; man tue alles, was möglich sei.

**Dr. Johanna Hambach** (Vorsitzende der Landesseniorenvertretung Berlin) trägt die Frage von Wolfgang Pohl vor:

Mehr als die Hälfte der getöteten Radfahrerinnen und Radfahrer ist älter als 65 Jahre (54 Prozent). Welche Aufklärungsaktionen plant der Senat, um die anderen Verkehrsteilnehmer auf die besonderen Probleme Älterer hinzuweisen und so Rücksichtnahme einzufordern?

**Senatorin Elke Breitenbach** (SenIAS) bemerkt, die Zahl der Unfälle, in denen Radfahrende involviert seien, nehme zu. Aufklärung der Bevölkerung sei wichtig; ebenso relevant sei es, dass Verkehrsschulen mittlerweile wieder Sicherheitstraining für Seniorinnen und Senioren anböten. Letztlich bleibe aber festzuhalten, dass diejenigen, die das Rad nutzten, neben denen, die zu Fuß unterwegs seien, zu den schwächeren Verkehrsteilnehmern gehörten. Gerade erst seien innerhalb von 48 Stunden zwei Kinder beim Radfahren ums Leben gekommen. An vielen Baustellen werde es eng zwischen Rad- und Autofahrern. Es gebe auch die sog. Kampf-radler. Insgesamt sei eine größere Rücksichtslosigkeit in der Gesellschaft zu verzeichnen, die sich nicht ausschließlich, aber auch im Straßenverkehr ausdrücke. Hier müssten sich alle um einen Wandel bemühen; letztlich gelte es aber auch, die Gesetze durchzusetzen.

Mit Blick auf den Radverkehr sei der Senat mit dem Mobilitätskonzept auf dem richtigen Weg. Zunehmend mehr Menschen bewegten sich zu Fuß, per Rollator oder Rollstuhl und mit dem Rad durch die Stadt; immer weniger nutzten das Auto. Den schwächeren Teilnehmern im Straßenverkehr müsse mehr Platz eingeräumt werden. Dies sei ein zentraler Punkt, an dem der Senat arbeite.

**Eveline Lämmer** (Vorsitzende des Landesseniorenbeirates Berlin) trägt die Frage von Hans-Joachim Trappen vor:

Warum dauert es zurzeit in Berlin ca. vier Wochen, um ein Auto zuzulassen?

**Senator Andreas Geisel** (SenInnDS) berichtet, die Ursachen seien zum Teil hausgemacht, zum Teil fremdbestimmt. Die Kfz-Meldestellen in der Ferdinand-Schultze-Straße und in der Jüterboger Straße seien im vergangenen Jahr sehr überlastet gewesen, und sie seien es auch im Moment wieder. In 2017 sei zusätzliches Personal zur Verfügung gestellt worden, zudem sei der entstandene Rückstau mit Hilfe von Samstagsarbeit aufgearbeitet worden. Anfang 2018 habe die Bearbeitungszeit ein bis drei Arbeitstage in Anspruch genommen, was eine akzeptable Größenordnung sei.

Zum Frühsommer hin seien ein Anstieg der Anmeldezahlen und zugleich ein erhöhter Krankenstand bei den Mitarbeitenden der Meldestellen zu verzeichnen gewesen. Zudem sei eine Reihe von Arbeitsplätzen wegen erhöhter Personalfuktuation unbesetzt geblieben. Von den 26 im letzten Jahr zusätzlich zur Verfügung gestellten Stellen seien derzeit noch sechs besetzt. Das Ausscheiden der 20 Mitarbeiter/-innen hänge mit der eher schlechten Bezahlung der Tätigkeit zusammen, was allerdings bundesweit der Fall sei. Man werde sich Gedanken darüber machen müssen, wie es gelinge, zusätzliche Kräfte zu werben und sie mit entsprechenden Arbeitsbedingungen zu motivieren, der Tätigkeit dauerhaft nachzugehen. Die aktuellen Rückstände würden erneut mit Samstagsarbeit abgearbeitet – gestern sei die Zustimmung des Personalrats für vier Samstagseinsätzen eingegangen –, sodass anschließend wieder akzeptable Bearbeitungszeiten möglich seien.

Das geschilderte Verfahren werde allerdings für die Behebung des Problems nicht ausreichen, da es die externen Faktoren nicht berücksichtige. Diese bestünden u. a. darin, dass 80 Prozent der Privatanmeldungsmöglichkeiten von gewerblichen Zulassern belegt würden. Beim Erwerb eines neuen Autos biete der Händler dem Kunden an, die Anmeldung des Pkw gegen ein Entgelt vorzunehmen. Die Zulassungsfirmen meldeten sich sodann nicht im gewerblichen Bereich an. Viele Termine, die die Zulassungsstelle zur Verfügung stelle, würden also letztlich verkauft. Darüber hinaus würden die Termine noch künstlich verknappt: 20 Prozent der Buchungen würden ohne Entschuldigung nicht wahrgenommen. Man könnte annehmen, dass der eine oder andere Zulasser daran beteiligt sei, insofern die Verknappung der Termine zu einer erhöhten Inanspruchnahme seiner Dienste führe.

Sodann fänden noch kurzfristige Tagesan- und Abmeldungen statt – ein legales Unterfangen, um Händler Rabatte in Anspruch nehmen zu können. Damit gelange zwar kein neu zugelassenes Auto auf die Straße, die Kapazitäten in der Kfz-Meldestelle würden jedoch gleichfalls beansprucht.

Künftig solle eine deutliche Trennung zwischen dem privaten und dem gewerblichen Zulassungsbereich vorgenommen werden, um zu vernünftigen Bearbeitungszeiten zurückzugelangen. Darüber hinaus gebe es Überlegungen, die Kfz-Meldestelle weiter zu dezentralisieren. Da alle großen Städte in Deutschland die geschilderten Probleme hätten, werde die Bundesregierung zu Beginn des nächsten Jahres das System E-Kfz einführen. Die Bevölkerung werde künftig in der Lage sein, die Anmeldung über das Internet vorzunehmen. Auch dieser Schritt werde die Situation deutlich entspannen.

**Dr. Johanna Hambach** (Vorsitzende der Landesseniorenvertretung Berlin) trägt die Frage von Martin Schwinger vor:

Wann wird unsere Hauptstadt endlich sicherer durch abgesenkte Bordsteine und barrierearme Zugänge von S- und U-Bahnen für Rollator- und Rollstuhlnutzer?

**Senatorin Elke Breitenbach** (SenIAS) bemerkt, der Landesbeauftragte für Menschen mit Behinderung habe in seinen vergangenen Berichten immer wieder darauf hingewiesen, dass neu errichtete Bordsteinkanten nicht abgesenkt worden seien. Oftmals seien die Bezirke zuständig.

Das Problem sei aber vielfältiger Natur. Viele Gaststätten stellten Tische und Stühle auf den Bürgersteig, was für Menschen beispielsweise mit einer Sehbehinderung eine weitere Stolperfalle darstelle. Derlei müssten die Ordnungsämter stärker kontrollieren. Mancher verweise dann darauf, dass der Aufenthalt im Freien viel mit Lebensqualität zu tun habe. Auch hier aber gelte es, mehr Rücksichtnahme auf jene zu üben, die auf Barrierefreiheit im öffentlichen Straßenraum angewiesen seien.

Wenn in Berlin auch viel zu tun sei in Sachen Barrierefreiheit, sei hier im Vergleich zu anderen Großstädten und Regionen insgesamt schon viel erreicht worden, im öffentlichen Stadtraum wie auch im ÖPNV. In dieser Legislaturperiode würden die U- und S-Bahnstationen so umgebaut, dass sie fast überall barrierefrei und mit Aufzügen versehen seien. Derzeit laufe ein Modellprojekt mit sog. sprechenden Haltestellen und Bussen, um zu klären, welches System besser funktioniere. Die Aufzüge und Rolltreppen in den U- und S-Bahnstationen seien hingegen häufiger defekt, oft auch für längere Zeit. Senatorin Günther arbeite daran, hierfür Lösungen zu finden.

Berlin werde nach und nach barrierefreier gestaltet, im öffentlichen Raum und hoffentlich auch bezüglich der Wohnungen. Da die Stadt so groß sei, handele es sich jedoch um einen langen Prozess.

**Eveline Lämmer** (Vorsitzende des Landesseniorenbeirates Berlin) liest die Frage von Heike Gonschorek vor:

Wann wird in Berlin eine Kennzeichnungspflicht für Radfahrer eingeführt? Wann werden alle Radfahrer in Berlin auf die Kenntnis des Verkehrsrechts überprüft?

**Senator Andreas Geisel** (SenInnDS) erwidert, solche Pläne habe der Senat nicht.

**Dr. Johanna Hambach** (Vorsitzende der Landesseniorenvertretung Berlin) trägt die Frage von Hans Joachim Fortagne (phonet.) vor:

Wie gedenkt der Senat, weitere Mobilitätshilfen vor allem für unter 65-Jährige zusammen mit den Bezirksämtern zu realisieren?

**Senatorin Elke Breitenbach** (SenIAS) verweist noch einmal darauf, dass die Mobilitätshilfen in ein Landesprogramm aufgenommen worden seien. Nun werde auch darüber diskutiert, ggf. die Altersgrenze abzusenken. Darüber entscheide der Senat jedoch nicht alleine, sondern gemeinsam mit dem Kooperationsgremium, bestehend aus Vertretern der Senatsverwaltung und der Ligaverbände. Ggf. könne sie bei der nächsten Veranstaltung nähere Auskunft dazu geben.

**Eveline Lämmer** (Vorsitzende des Landesseniorenbeirates Berlin) trägt die Frage von Charlotte Oberberg vor:

Welche rechtlichen Möglichkeiten sieht der Senat, dass aufgrund von unliebsamen und sogar kriminellen Vorfällen insbesondere in Seniorenwohnhäusern – wie Zerstörungen im Hausbereich, Einbrüche, Aufenthalt und Nächtigung von fremden Personen, Vermüllung, gewaltsame Überfälle – endlich wieder für jedes Haus eigene



Hausmeister/-innen wie früher eingesetzt oder Überwachungskameras angebracht werden?

**Senatorin Katrin Lompscher (SenStadtWohn)** erklärt, die Thematik tangiere die Frage der sozial verantwortlichen Bewirtschaftung von Wohngebäuden, wie also ein Hauseigentümer sicherstelle, dass ein Haus und die darin befindlichen Wohnungen dem Mietzweck entsprechend genutzt werden könnten. Gute Hausverwaltungen richteten z. B. einen Conciergedienst ein. Es gebe auch Förderprogramme, die die Einrichtung derlei Angebote unterstützten. – Der Senat habe keine Handhabe dafür zu sorgen, dass bei Seniorenwohnhäusern Hausmeister eingestellt würden; die verlesene Frage müsse an die jeweiligen Eigentümer gerichtet werden.

**Dr. Johanna Hambach** (Vorsitzende der Landesseniorenvertretung Berlin) trägt die Frage von Inge Haack vor:

Welche Vorstellungen hat der Senat zur Verbesserung der ärztlichen Versorgung in den Stadtbezirken entwickelt?

**Präsident Ralf Wieland** teilt mit, die Frage werde schriftlich beantwortet.

**Eveline Lämmer** (Vorsitzende des Landesseniorenbeirates Berlin) trägt die Frage von Gertrud Schötz vor:

Was tut der Senat, um die seit Jahrzehnten kontinuierlich abgebaute Polizeipräsenz besonders in Mariendorf, Marienfelde und Umgebung dauerhaft wiederherzustellen, damit man sich auch als Seniorin auf die Straße trauen kann, auch rund um den Kriminalitätsschwerpunkt U-Bahnhof Alt-Mariendorf?

**Senator Andreas Geisel** (SenInnDS) stellt richtig, dass Alt-Mariendorf kein Kriminalitätsschwerpunkt in Berlin darstelle. Er wisse aber, worauf die Fragestellerin abziele. In einer Metropole von 3,7 Millionen Einwohner/-innen gebe es ein subjektives Unsicherheitsgefühl, das objektiv auch kaum widerlegbar sei, obwohl nachgewiesen sei, dass die Menschen hier selten bis nie so sicher gelebt hätten wie heute. Im vergangenen Jahr seien in Berlin 93 Morde und Totschläge zu verzeichnen gewesen. In den 1990er-Jahren habe die Zahl stets bei rd. 200 Fällen pro Jahr gelegen. Die Rate habe sich also halbiert. Die intensive Zusammenarbeit mit dem Justizbereich sowie die Konzentration der Polizei bei der Bekämpfung von Wohnungseinbrüchen und Taschendiebstählen hätten zu einem bemerkenswerten Rückgang der Zahlen geführt. Bei Taschendiebstählen sei ein Rückgang von rd. 40 Prozent, bei Wohnungseinbrüchen von etwas über 30 Prozent festzustellen. Die Versicherungen zahlten nur dann für den Schaden, wenn der Wohnungseinbruch auch angezeigt worden sei. Niemand habe insofern ein Interesse daran, einen solchen Einbruch nicht zu melden. Das zeige, dass die Statistik das tatsächliche Bild wiedergebe. Die intensive Arbeit der Polizei und die verbesserte Zusammenarbeit mit der Justiz hätten dazu geführt, dass Täter, derer man habhaft geworden sei, auch verurteilt würden. Sobald diese aus dem Verkehr gezogen seien, zeigten sich signifikante Verbesserungen; ganze Serien der genannten Delikte brächen ab.

Objektiv gesehen verbessere sich die Situation also. Subjektiv helfe das häufig nicht, da jeder jemanden kenne, der Opfer einer Straftat geworden oder dem mal ein Rad geklaut worden sei etc. Daraus resultiere das Unsicherheitsgefühl. Gerade deshalb werde die Polizeipräsenz im

öffentlichen Raum deutlich verstärkt, gerade deshalb seien innerhalb von zwei Jahren 800 neue Stellen bei der Polizei geschaffen worden. Allerdings gehe das Aufstocken des Personals langsamer vonstatten als alle es sich wünschten, da die neuen Kräfte zunächst noch ausgebildet werden müssten, was zweieinhalb Jahre dauere. Zugleich würden jedes Jahr viele Polizeikräfte aus Altersgründen ausscheiden. Das Land befinde sich jedoch an der obersten Grenze der Ausbildungskapazität; sie sei verdoppelt, nahezu verdreifacht worden.

Die Präsenz der Polizei im Stadtbild sei ihm sehr wichtig. Er verweise hierzu auf die Wache am Alexanderplatz, die aufgestockt worden sei. In 14 Tagen würden mobile Wachen eingerichtet, d. h. die Polizeikräfte seien mit zusätzlichen Fahrzeugen überall in der Stadt mobil unterwegs. Auch an den tatsächlichen Kriminalitätsschwerpunkten, also am Kottbusser Tor oder beim RAW-Gelände in der Revaler Straße, sei die Polizeipräsenz verstärkt worden. Die Statistiken zeigten, dass mehr Polizeipräsenz und eine intensivere Bekämpfung von Kriminalität auch zu entsprechenden Erfolge, also zu einem Rückgang der Kriminalität, führten. Er sei sicher, dass, zöge man die Kräfte an diesen Orten wieder zurück, die Kriminalität sofort wieder aufflammen würde. Die Polizei sei dort insofern einer Daueraufgabe ausgesetzt. Er könne versichern, dass diese sich ihrer Arbeit mit großer Motivation und Intensität widme. Die Politik habe die Aufgabe, ihnen den Rücken zu stärken, und zwar mit einer verbesserten Ausbildung, einer verbesserten Ausrüstung und einer verbesserten Besoldung, was auch geschehe.

**Dr. Johanna Hambach** (Vorsitzende der Landesseniorenvertretung Berlin) trägt die Frage von Dr. Dieter Kloß vor:

Was bedeutet die Aussage im Zwischenbericht des Senats vom 16. Januar 2018 – „Der schriftliche Zugangsweg wird im Zuge der Digitalisierung der Berliner Verwaltung sukzessive zurückgefahren“ – für all diejenigen Bewohner/-innen in der Stadt, die nicht online unterwegs sein können oder wollen?

**Senator Andreas Geisel** (SenInnDS) antwortet, dies bedeute, dass die Verwaltung an den Stellen, an denen dies möglich sei, per E-Mail antworte, was wesentlich preiswerter und effektiver sei, dass sie hingegen, wenn es nötig sei, weiterhin den postalischen Weg nutze.

Das Land stehe sehr unter Druck, die öffentliche Verwaltung stärker zu digitalisieren. Nahezu jeder Mensch besitze heutzutage ein Handy, 75 Prozent der Haushalte Berlins seien mit einem Internetanschluss ausgestattet. Stück für Stück werde dieser Anteil wachsen. Viele erledigten ihre Angelegenheiten online. Mit dem öffentlichen Dienst müssten sie dagegen oft noch per Post kommunizieren. Ziel müsse es sein, die Wartezeiten in den Ämtern zu reduzieren und die Möglichkeit zu erweitern, Dienstleistungen von zu Hause aus erledigen zu können. Mit der Digitalisierung seien sicherlich auch Gefahren verbunden, beispielsweise wenn persönliche Kontakte abnähmen. Er sehe jedoch vor allem die Chancen der Digitalisierung. Für den Übergangszeitraum nutze die Verwaltung beide Kontaktmöglichkeiten, den schriftlichen Postweg wie auch den Weg über E-Mails.

**Eveline Lämmer** (Vorsitzende des Landesseniorenbeirates Berlin) verliest die Frage von Evelin Velinsky:

Warum schließen in Berlin-Mitte zwei Postämter – Chausseestraße (Ende Juni) und Torstraße (Ende Juli)?

**Senator Andreas Geisel** (SenInnDS) erklärt, derlei Schließungen seien letztlich auch eine Folge der Digitalisierung. Immer mehr Menschen erledigten ihre Bank- und Postgeschäfte online. Demzufolge schränkten nicht nur die Post, sondern auch die Sparkasse und viele Banken ihre Vorortpräsenz ein, da sie ihre Leistungen online viel preiswerter und schneller anbieten könnten. Ein Beispiel mache die Gefahr dieser Entwicklung deutlich: Seine Büroleiterin habe letztes Jahr in Shanghai die Oper besuchen wollen, was nicht möglich gewesen sei, weil die Tickets nicht über ein Kartenbüro, sondern nur über eine bestimmte App zu buchen gewesen seien. Wer diese nicht habe, könne nicht in die Oper gehen.

Je mehr Menschen sich dem Onlinehandel zuwendeten, desto stärker befinde sich die Infrastruktur von Post und Banken etc. aus betriebswirtschaftlichen Gründen auf dem Rückzug. Dies habe Einfluss auf das Lebensgefühl und die Beschaffenheit der Stadt. In der gegenwärtigen Umbruchzeit böten mittlerweile zwar auch andere Geschäfte Leistungen der Post etc. an, dennoch gelte es darauf zu achten, dass die Stadt lebenswert bleibe, was auch ein Teil der Barrierefreiheit sei – dafür zu sorgen, dass in den Wohnbereichen entsprechende Filialen vorhanden seien. Es sei nicht schlüssig, sich einerseits darüber zu beschweren, dass es kein ordentliches Schuhgeschäft mehr gebe, zugleich aber Bestellungen bei Zalando aufzugeben. Die Wirkung dessen erlebe man derzeit auch bei der Post und den Banken.

**Dr. Johanna Hambach** (Vorsitzende der Landesseniorenvertretung Berlin) liest die Frage von Heinz Thiel vor:

Wie werden Pflegenotstand, Altersarmut, Kinderarmut, Wohnungsnotstand und Krankenversicherung im digitalen Wandel zugunsten der immer älteren Bevölkerung gelöst und reguliert?

**Senatorin Elke Breitenbach** (SenIAS) bemerkt, die Frage sei so komplex, dass man sie im Rahmen einer gesonderten Veranstaltung behandeln könnte. Digitalisierung berge Chancen und Risiken. Wenn sie für viele der Anwesenden auch etwas Fremdes sei, so werde es früher oder später eine ältere Generation geben, die mit Handy und Computer aufgewachsen sei. Die Kinder gingen vollkommen selbstverständlich mit einem Tablet um und seien an den technischen Fortschritt der heutigen Zeit gewöhnt. Für sie selbst sei ein Leben ohne Handy etc. nicht mehr vorstellbar.

Digitalisierung habe aber ihre Grenzen, auch wenn sie für viele Menschen Erleichterungen mit sich bringe. Mit ihr werde man gesellschaftliche Probleme wie Alters- oder Kinderarmut nicht lösen können. Sie ließen sich mit Arbeitsverhältnissen lösen, die es den Menschen ermöglichten, von ihrer Tätigkeit zu leben. Jeder dritte neu geschaffene Arbeitsplatz in der Stadt sei allerdings ein prekärer Arbeitsplatz. Damit wachse das Armutsrisiko. Digitalisierung bringe hier keine Vorteile. Im schlimmsten Fall führe sie dazu, dass Arbeitsplätze wegfielen. Deshalb müsse sich die Politik um die Weiterqualifizierung der Menschen kümmern, damit sie den Anforderungen ihres Arbeitsplatzes nachkommen könnten.

Was den Zusammenhang von Digitalisierung und Pflege angehe, könnte Senatorin Kolat sicherlich weitere Ausführungen machen. Die Frage müsse diesbezüglich ggf. noch schriftlich beantwortet werden.

**Eveline Lämmer** (Vorsitzende des Landesseniorenbeirates Berlin) trägt die Frage von Klaus-Peter Steffen vor:

Wie können/sollen bei Ausfall von Aufzügen und Fahrtreppen im Bereich der Bahnhöfe des schienengebundenen ÖPNV in Berlin die Barrierefreiheit künftig kurzfristig wiederhergestellt werden?

**Senatorin Elke Breitenbach** (SenIAS) erwidert, man werde nicht ausschließen können, dass Rolltreppen oder Fahrstühle stockten oder ausfielen. Man werde auch nicht in jedem Fall darauf warten können, dass sofort der Notdienst komme und die Reparatur vornehme. Vielmehr werde weiterhin und stärker als bisher eine Hilfe benötigt, die in diesen Fällen geleistet werde. Die derzeitige Ausprägung dieser Hilfe sei noch nicht optimal. Ihres Wissens bestünden Überlegungen, wie es gelinge, dass Aufzüge, die derzeit noch über Tage oder Wochen defekt seien, schneller repariert würden. Dazu müsste Senatorin Günther Auskunft geben.

**Dr. Johanna Hambach** (Vorsitzende der Landesseniorenvertretung Berlin) trägt die Frage von Friederike Alcoberro vor:

Wer ist zuständig für die Konfliktvermeidung beim Aufeinandertreffen verschiedener Verkehre – Fuß- und Radverkehr?

**Senatorin Elke Breitenbach** (SenIAS) stellt klar, zuständig für die Konfliktvermeidung seien letztlich diejenigen, die ungebremst aufeinander zuführen oder zuliefen. Man müsse allerdings nicht so tun, als gebe es nur wildgewordene Radfahrer, als stellten Autos keine Gefahr dar. Beinahe täglich kämen Radfahrer/-innen ums Leben. Sie wie auch die Fußgänger/-innen gehörten zu den schwächeren Verkehrsteilnehmenden. Mit dem Mobilitätskonzept Sorge der Senat dafür, dass alle Verkehrsteilnehmer/-innen, die allesamt ihre Berechtigung hätte, sich nicht in die Quere kämen. Das Konzept werde jedoch niemanden davon entbinden, Rücksicht auf andere zu nehmen, vor allem auf Schwächere, zu denen Kinder und auch Seniorinnen und Senioren zählten.

**Eveline Lämmer** (Vorsitzende des Landesseniorenbeirates Berlin) trägt die Frage von Wolfgang Pohl vor:

Häufig funktionieren BVG-Aufzüge nicht. Wie wäre es, mit der BVG eine Zuverlässigkeitsquote zu verabreden und sie im Fall der Unterschreitung Zuwendungen zurückzahlen müsste?

**Senatorin Katrin Lompscher** (SenStadtWohn) schlägt vor, dass die Frage schriftlich beantwortet werde. Ihres Wissens enthalte der Verkehrsvertrag Qualitätskriterien, die, wenn sie nicht erreicht würden, Malusregelungen nach sich zögen.

**Dr. Johanna Hambach** (Vorsitzende der Landesseniorenvertretung Berlin) trägt die Frage von Joachim Schötz vor:

Was tut der Senat, um nachhaltig das illegale Parken teilweise tonnenschwerer LKW (Paketdienste, Handwerker, Gartenbaubetriebe etc.) sowie Pkw auf den schmalen Bürgersteigen in der Wohnsiedlung in Mariendorf rund um Wankstraße, Floningweg u. a. endgültig zu unterbinden, damit die Bürgersteige nicht noch weiter zerstört wer-

den und die Fußgänger, insbesondere Senioren, auf die Fahrbahn ausweichen müssen, unter Berücksichtigung der Tatsache, dass unzählige Straftanzeigen und Strafanträge bei der Polizei seit Jahren vollkommen wirkungslos sind?

**Senator Andreas Geisel** (SenInnDS) antwortet, die konkrete Situation in Mariendorf sei ihm nicht bekannt; er biete an, eine schriftliche Antwort nachzureichen. Für die Parkraumbewirtschaftung seien die Ordnungsämter zuständig. Generell sei die Situation oftmals unbefriedigend, gerade wenn der Bereich vor den abgesenkten Bürgersteigen zugeparkt sei.

**Eveline Lämmer** (Vorsitzende des Landesseniorenbeirates Berlin) trägt die Frage von Winfried Lätsch vor:

Betreff: Rederecht für Bezirksseniorenvertreter/-innen in BVV-Ausschüssen, das im Bezirk Steglitz-Zehlendorf nicht in allen Ausschüssen gewährt wird.

Dieses Rederecht für Bezirksseniorenvertreter/-innen in BVV-Ausschüssen regelt § 4 Abs. 3 Ziffer 1 BerlSenG: „Mitwirkung und Mitarbeit bei allen Themen im Sinne von § 1 durch Rederecht in den Ausschüssen der Bezirksverordnetenversammlung nach Maßgabe des § 9 Abs. 4 des Bezirksverwaltungsgesetzes.“

§ 9 Abs. 4 BzVwG: „Die Ausschüsse können sachkundige Personen und Betroffene hinzuziehen. Das Anhören von Sachverständigen ist nur durch Beschluss des Ausschusses mit Zustimmung des Bezirksverordnetenvorstehers zulässig.“

Da Bezirksseniorenvertreter/-innen weder sachkundige Personen noch Betroffene sind, trifft die Maßgabe nach § 9 Abs. 4 BzVwG für diese nicht zu. Im Übrigen wird das in § 4 Abs. 3 Ziffer 1 BerlSenG geregelte Rederecht mit dem angefügten Hinweis „nach Maßgabe des § 9 Abs. 4 des BzVwG“ wieder kassiert, da es sich beim Absatz 4 um eine Kann-Bestimmung handelt.

Eine mögliche Abhilfe könnte durch die Streichung des Hinweises auf § 9 Abs. 4 BzVwG erreicht werden. Demnach würde eine geänderte Ziffer 1 in § 4 Abs. 3 BerlSenG lauten: „Mitwirkung und Mitarbeit bei allen Themen im Sinne von § 1 durch Rederecht in den Ausschüssen der Bezirksverordnetenversammlung.“ Der zweite Halbsatz „nach Maßgabe des § 9 Abs. 4 des BzVwG“ sollte entfallen.

**Senatorin Elke Breitenbach** (SenIAS) bemerkt einleitend, ein solches Statement könne man hier vorbringen, man müsse dann aber auch damit leben, dass sie die nicht erkennbare Frage nicht beantworten könne. Diejenigen, die schon länger in der Seniorenarbeit engagiert seien, wüssten, dass das Problem seit vielen Jahren diskutiert werde. Es liege darin begründet, dass jeder Bezirk eine andere Herangehensweise an den Tag lege, sowohl bei der Umsetzung des Seniorenmitwirkungsgesetzes wie auch in Sachen Bekämpfung von Wohnungslosigkeit etc. Einige Bezirke gestünden den Seniorenvertretungen ein sehr weitgehendes Rede- und Antragsrecht ein. Andere Bezirke seien der Ansicht, dass die in der Seniorenvertretung ehrenamtlich engagierten Senior/-innen eine Aufwandsentschädigung erhalten sollten. Für wiederum andere Bezirke schienen die Begriffe Seniorenvertretung und Seniorenmitwirkungsgesetz geradezu unbekannt zu sein.

Der Senat könne die Bezirke bekanntlich nicht anweisen. Angesichts der teilweise recht unterschiedlichen Vorstellungen, die auch innerhalb der Gruppe der aktiven Senior/-innen bestünden, sollte man sich die Zeit nehmen, das Thema noch einmal zu diskutieren. Es brauche eine Vereinheitlichung im Umgang mit den Mitwirkungsmöglichkeiten der Seniorenvertretungen in den Bezirken wie auch eine Vereinheitlichung bei deren Unterstützung. Klar sei allerdings auch, und hier spreche sie ihre persönliche Haltung aus, dass nicht nur das Seniorenmitwirkungsgesetz, das in ihrer Zuständigkeit liege, sondern auch das BzVwG verändert werden müsse, für das Senator Geisel zuständig sei. Wenn man dieses Gesetz öffne, würden sicherlich noch viele weitere Gruppen der Stadt – zu Recht oder zu Unrecht, darüber könne man streiten – Begehrligkeiten vortragen. Das Ergebnis werde ggf. sein, dass alle hier im Saal Anwesenden es nicht mehr erleben würden, dass das Gesetz verändert werde. Sie neige insofern zu pragmatischen, aber schnelleren Lösungen.

**Dr. Johanna Hambach** (Vorsitzende der Landesseniorenvertretung Berlin) trägt die Frage von Karin Lau vor:

Was wird der Senat zeitnah tun, um Fahrradwege sicherer zu machen und um das zunehmende Radfahren auf dem Bürgersteig zu unterbinden?

**Präsident Ralf Wieland** kündigt an, die Frage werde von SenUVK schriftlich beantwortet.

**Eveline Lämmer** (Vorsitzende des Landesseniorenbeirates Berlin) trägt die Frage von Wolfgang Pohl vor:

Pflegedienste finden für ihre Pkw in einigen Stadtteilen keine Kurzzeitparkplätze. Welche Abhilfe wird in Aussicht genommen?

**Senatorin Elke Breitenbach** (SenIAS) regt an, die Frage an die bezirkliche Seniorenvertretung oder die jeweilige BVV zu richten. Für die Parkraumbewirtschaftung seien die Bezirke zuständig.

**Dr. Johanna Hambach** (Vorsitzende der Landesseniorenvertretung Berlin) verliest die Frage von Annemarie Adolf:

Was gedenkt der Senat zu tun, um bezahlbaren und altersgerechten Wohnraum zu schaffen und den Ausverkauf der Stadt an Finanzinvestoren aus aller Herren Länder zu stoppen? Bei uns in Niederschönhausen kam die GESOBAU nicht zum Zuge, stattdessen wird ein großer Wohnblock mit teuren Eigentumswohnungen inmitten von Genossenschaftswohnungen gebaut.

**Senatorin Katrin Lompscher** (SenStadtWohn) konstatiert, angesichts der in der Stadt mittlerweile geltenden Bodenpreise kämen städtische Wohnungsbaugesellschaften oder Genossenschaften öfter nicht zum Zuge. Der Senat könne den städtischen Wohnungsbau ankurbeln; die Koalition habe sich vorgenommen, bis zum Ende der Legislaturperiode 30 000 Wohnungen neu zu bauen wie auch Bestände aufzukaufen, um den Bestand an städtischem Wohnraum zu erhöhen. Zudem könne der Senat die Wohnungsbauförderung intensivieren. Im Haushalt stünden in diesem Jahr Mittel für 3 500 Sozialwohnungen zur Verfügung. Die Zahl solle jedes Jahr um 500 erhöht werden, um auf 5 000 neue zusätzliche Sozialwoh-

nungen pro Jahr zu gelangen. Diese würden überwiegend von den städtischen Gesellschaften gebaut, im letzten Jahr sei ein Viertel auch von privaten Investoren errichtet worden.

Um den Ausverkauf der Stadt zu verhindern, würden noch andere Maßnahmen benötigt, die jedoch außerhalb der Möglichkeiten einer Kommune oder eines Landes lägen. Berlin nutze mittlerweile intensiv das kommunale Vorkaufsrecht in den sog. Milieuschutzgebieten. Der Senat habe die Zahl dieser Gebiete seit Beginn der Legislatur nahezu verdoppelt. Dies sei ein Signal an den privaten Markt, dass sich das Land nicht alles gefallen lasse. Berlin sei für inländische wie ausländische Investoren besonders interessant, da die hiesigen Einstiegspreise im Vergleich zu denen in München, Hamburg oder London etc. vergleichsweise niedrig seien und die Ertragserwartungen somit sehr viel höher ausfielen. Je niedriger die Ausgangspreise, umso größere Verwertungspreise ließen sich erzielen. Um diese leistungslosen Gewinne unattraktiv werden zu lassen, müssten erhebliche steuerliche Veränderungen im Bundesrecht vorgenommen werden. Der Senat könne die Entwicklung mit den ihm zur Verfügung stehenden Instrumenten des kommunalen Wohnungsbaus, der Wohnungsbauförderung, des Städtebaurechts und des allgemeinen kommunalen Ordnungsrechts immerhin eindämmen, nicht jedoch beseitigen.

**Dr. Johanna Hambach** (Vorsitzende der Landesseniorenvertretung Berlin) liest die Frage von J. Strelzig vor:

Gibt es einen zentralen Publikationsversand des Landes Berlin, der auch von der Behördennummer 115 genutzt werden könnte?

**Senatorin Elke Breitenbach** (SenIAS) teilt mit, alle Senatsverwaltungen verfügten über Mittel, die sie für die Erstellung und den Versand ihrer Broschüren und Informationsblätter nutzen. Diese Materialien ließen sich bei der jeweiligen Verwaltung, in der Regel auch online, abrufen. Ihr seien keine Probleme beim Bezug von Publikationen bekannt; sollten diese vorliegen, gelte es noch einmal darüber zu sprechen.

**Eveline Lämmer** (Vorsitzende des Landesseniorenbeirates Berlin) trägt die Frage von Masoud Jamshidpour

Wie ist die Zusammenarbeit der Senatsverwaltungen SenIAS und SenGPG in Sachen Altenhilfe nach § 71 SGB XII gestaltet, sodass die Senior/-innen dabei nicht auf der Strecke bleiben und interkulturelle Öffnung zur Geltung kommt?

**Senatorin Elke Breitenbach** (SenIAS) erläutert, bei einem auftretenden Problem oder bei Abstimmungsbedarf setzten sich beide Verwaltungen auf der Ebene der Hausleitung zusammen. Die üblichen Bedarfe würden auf der Arbeitsebene besprochen. Konkrete Probleme seien ihr nicht bekannt, außer dass es immer wieder Befürchtungen gegeben habe, dass sich alles nur noch um das Pflgethema drehe und die Altenhilfe nicht adäquat berücksichtigt würde.

Die interkulturelle Öffnung der Altenhilfe sei weiterhin ein großer Schwerpunkt, dem sich der Senat widme und den er an vielen Stellen durchsetzen wolle. Sollte sich die Frage auf ein konkretes Probleme beziehen, möge sich der Betreffende bei ihr melden.

**Dr. Johanna Hambach** (Vorsitzende der Landessenorenvertretung Berlin) trägt die Frage von Wolfgang Pohl vor:

Ein höherer Stellenwert des Fahrradverkehrs wäre u. a. daran erkennbar, wenn zugeparkte Radwege konsequent geräumt würden. Welche Schritte in diese Richtung unternimmt der Senat?

**Senator Andreas Geisel** (SenInnDS) verweist auf die gute Zusammenarbeit zwischen der Verkehrsverwaltung und der Polizei. Kürzlich habe die Polizei im Rahmen einer gesonderten Aktion vor allem Radwege geräumt. Nähere Details sollten schriftlich gegeben werden.

**Eveline Lämmer** (Vorsitzende des Landessenorenbeirates Berlin) trägt die Frage von Friedrich Giesel vor:

Welche Aktivitäten einschließlich Maßnahmen will der Senat unternehmen, um die Disziplin der Radfahrer zu verbessern, d.h. die Einhaltung der Straßenverkehrsordnung und den Schutz der Fußgänger auf den Bürgersteigen besser zu gewährleisten? Der Ausbau der Radwege reicht nicht aus, um die Ordnung einzuhalten und die Fußgänger vor fahrradfahrenden Rowdies zu schützen.

**Senatorin Katrin Lompscher** (SenStadtWohn) wiederholt, dass die Einzelnen in einer wachsenden Stadt stärker Rücksicht aufeinander nehmen müssten. Es sei nicht angebracht, lediglich eine Gruppe von Verkehrsteilnehmenden als Hauptverursacher von Problemen anzusehen. Es sei insofern auch nicht sinnvoll, würde sich der Senat Erziehungsmaßnahmen ausdenken. Sinnvoll sei ein besseres Zusammenleben in der Stadt.

**Dr. Johanna Hambach** (Vorsitzende der Landessenorenvertretung Berlin) verliert die Frage von Klaus Born:

Warum mobil und sicher im Alter – wenn das Geld nicht reicht? Warum keine Kontakte ohne Benachrichtigungen vom Amt?

**Senatorin Elke Breitenbach** (SenIAS) prognostiziert, der Umstand, dass das Geld im Alter nicht reiche, werde künftig verstärkt auftreten. Untersuchungen belegten, dass die heutige Generation von Rentnerinnen und Rentner, auch wenn nicht alle große Sprünge machen könnten, so gut abgesichert sei wie keine zuvor. Zu Westberliner Zeiten habe beispielsweise eine enorm große Frauenarmut geherrscht. Die Angehörigen der geburtsstarken Jahrgänge erlebten wiederum unstete Erwerbsverläufe, was die Generation davor nicht gekannt habe. Das Phänomen Altersarmut werde insofern wieder ansteigen. Wenn das Geld nicht reiche, bestehe ein Anspruch auf Grundsicherung. Allerdings stellten viele ältere Menschen den entsprechenden Antrag nicht, und insofern gelte es darauf hinzuwirken, dass dieser wahrgenommen werde.

Darüber hinaus sei Altersarmut eine Frage des Rentenrechts, was wiederum Thema der Bundesgesetzgebung sei. So stelle sich die Frage nach einer Mindestrente oder danach, wie lange Menschen arbeiten müssten, bis sie überhaupt eine Rente beziehen könnten. Derlei lasse sich auf Landesebene nicht regeln. – Den zweiten Teil der Frage habe sie nicht verstanden. Der Fragesteller möge den Kontakt zu ihr suchen und erneut nachfragen.



**Eveline Lämmer** (Vorsitzende des Landessenorenbeirates Berlin) trägt die Frage von Gisela Siebert vor:

Betrifft: Bürgerbeteiligung zum Stadtlärm. Ist der Senat der Meinung, dass ein Drittel der Bevölkerung (ohne Internet) als Meinungsträger nichts gilt? Schriftliche und/oder mündliche Eingaben zum o.g. Thema wurden in der Senatsverwaltung Am Köllnischen Park nicht angenommen. – Achtung: Auch das sind Wählerstimmen!

**Präsident Ralf Wieland** teilt mit, die Frage werde schriftlich beantwortet.

**Dr. Johanna Hambach** (Vorsitzende der Landessenorenvertretung Berlin) verliest die Frage von Gert Siebert:

Warum informiert der Senat die Berliner insbesondere aus Pankow und Reinickendorf nicht umfassend über Planung, Projekte, Vorhaben? Auch über das „geheime“ Mobilitätsgesetz! Hier ist ein umfassendes Konzept für alle Verkehrsmittel gemeint. Man wird mit der „Heidekrautbahn“ (wg. Termin) „abgespeist“.

**Präsident Ralf Wieland** verweist darauf, dass das Mobilitätsgesetz ein Schwerpunktthema der nächsten Plenarsitzung am 28. Juni 2018 sein. Er rege an, dass die Fraktionen gleich dazu Stellung nähmen.

**Eveline Lämmer** (Vorsitzende des Landessenorenbeirates Berlin) trägt die Frage von Wolfgang Pohl vor:

Bei der Einrichtung von Zebrastreifen ist ein Umsetzungszeitraum von drei Jahren realistisch. Welche Initiativen zur Beschleunigung des Verwaltungsverfahrens gibt es?

**Präsident Ralf Wieland** hält fest, auch diese Frage werde schriftlich beantwortet.

**Dr. Johanna Hambach** (Vorsitzende der Landessenorenvertretung Berlin) liest die Frage von Massoud Jamshidpour vor:

Warum haben die Bezirke in Berlin so stark unterschiedliche Haushaltsmittel (Bezirk Mitte mit 3 000 Euro, Bezirk Treptow-Köpenick mit 155 000 Euro) in Sachen Altenhilfe nach § 71 SGB XII in den Jahren 2018/2019 zur Verfügung?

**Präsident Ralf Wieland** kündigt die schriftliche Beantwortung der Frage an.

**Eveline Lämmer** (Vorsitzende des Landessenorenbeirates Berlin) trägt die Frage von Wolfgang Pohl vor:

Der 7. Altenbericht betont die kommunale Aufgabe des Aufbaus „nahtloser Mobilitätsketten“. Dazu bedarf es der Einrichtung eines kommunalen Mobilitätsmanagements. Welche Schritte unternimmt der Senat in diese Richtung?

**Präsident Ralf Wieland** erklärt, die Frage werde gleichfalls schriftlich beantwortet.

**Dr. Johanna Hambach** (Vorsitzende der Landesseniorenvertretung Berlin) verliest die Frage von Wolfgang Pohl:

Das VBB-Abo 65plus ist als Jahresabonnement für Radfahrer nur eingeschränkt brauchbar. Tritt der Senat mit der VBB in Verhandlungen ein, um eine viermonatige Laufzeit zu erreichen und so die Intermodalität zu stärken?

**Präsident Ralf Wieland** teilt mit, auch diese Frage werde SenUVK schriftlich beantworten.

**Eveline Lämmer** (Vorsitzende des Landesseniorenbeirates Berlin) trägt die Frage von Margarete Böttcher vor:

Wann findet endlich eine ehrliche und angemessene Aufarbeitung auf Augenhöhe der ehemaligen betroffenen Heimkinder statt!?

**Senatorin Elke Breitenbach** (SenIAS) regt an, die Fragestellerin möge, wenn sie der Meinung sei, dass die Aufarbeitung nicht ausreiche, ihre Frage konkreter formulieren, um zu klären, ob hier nachgesteuert werden könne. Zu den in den letzten Jahren gestarteten Initiativen gehörten die Aufarbeitung der Umstände wie auch die Beratung und Unterstützung ehemaliger Heimkinder. Auch in diesem Bereich sei allerdings vieles durch den Bund vorgegeben.

**Dr. Johanna Hambach** (Vorsitzende der Landesseniorenvertretung Berlin) trägt die Frage von Friederike Alcoberro vor:

Wer ist zuständig für witterungsgeschützte Sitzmöglichkeiten an Bushaltestellen, z. B. Bahnhof Friedrichstraße, Bus 147?

**Präsident Ralf Wieland** kündigt die schriftliche Beantwortung durch SenUVK an.

**Eveline Lämmer** (Vorsitzende des Landesseniorenbeirates Berlin) trägt die Frage von Inge Haack vor:

Welche Meinung und Vorstellung hat der Senat zur Sozialberatung einschließlich der pflegerischen Beratung in Ärztehäusern?

**Senatorin Elke Breitenbach** (SenIAS) stellt klar, es bestehe nicht die Absicht, die Sozialberatung in Ärztehäusern stattfinden zu lassen. Die Koalitionsvereinbarung lege eine unabhängige Sozialberatung fest; diese sei in den Bezirken angesiedelt. Falls die Frage darauf abziele, dass kranke Menschen auch eine soziale Unterstützung benötigten, könnte man derlei ggf. dort vornehmen. Die passende Ansprechpartnerin dafür sei die Gesundheitsverwaltung.

**Präsident Ralf Wieland** teilt mit, die Fragen, die bereits den zuständigen Ressorts zugeordnet worden seien, wie auch jene, die nicht hätten aufgerufen werden können, würden an die jeweiligen Verwaltungen zur schriftlichen Beantwortung weitergeleitet.

### Stellungnahme der Fraktionen

**Ulker Radziwill** (SPD) bedankt sich für die zahlreichen Fragen sowie für das Engagement der Seniorinnen und Senioren. – Auch ihre Fraktion zähle Seniorenpolitik zu den Querschnittsaufgaben. Zur Umsetzung von § 71 SGB XII verweise sie auf den Bericht der Siebten Altenberichtscommission. Alle könnten, wie dort aufgeführt, unterstreichen, dass den Kommunen – im Falle Berlins: den Kiezen – eine Schlüsselrolle zukomme. Dort finde die Gestaltung des Zusammenlebens auf vielfältige Weise statt. Die Kommunen verbänden das freiwillige Engagement mit den sozialen Netzwerkstrukturen, mit der versorgungssichernden Infrastruktur, mit den diversen Diensten und Einrichtungen wie auch mit der Hilfe aus der Nachbarschaft, und zwar zum einen unter dem Aspekt der wachsenden Stadt – der Binnenwanderung wie auch dem Zuwachs von außen –, zum anderen unter der Fragestellung, welche Bedürfnisse die verschiedenen Generationen mitbrächten.

Die Angebote insbesondere auf lokaler Ebene zeigten, dass Berlin hier in der Regel gut aufgestellt sei. Die Landespolitik habe beispielsweise darauf geachtet, dass in allen Bezirken Pflegestützpunkte existierten – mittlerweile gebe es 36 solcher Einrichtungen –, dass in den Stadtteilen Nachbarschaftshäuser, Stadtteilzentren, Mehrgenerationenhäuser oder Familienzentren etabliert seien. Diese seien Orte der Begegnung und der Hilfestellungen. Zudem hätten die Bezirke zu Beginn der Legislatur Mittel für eine unabhängige Sozial- und Mieterberatung erhalten.

Zu klären sei noch, wo Unterschiede zwischen den Bezirken bestünden: Wo lebten mehr ältere Menschen, wo mehr jüngere? Wo sei die Infrastruktur auf die eine oder andere Zielgruppe noch spezieller zu fokussieren? Hier sei eine gute Zusammenarbeit wichtig, und die Seniorenvertretungen könnten ihren jeweiligen Bezirk aus ihrem Blickwinkel am besten durchleuchten. Auch in Vorbereitung der nächsten Haushaltsplanaufstellung könne man noch einmal in einen Dialog treten und klären, wo weitere strukturelle Veränderungen nötig seien.

Anlässlich des heutigen Weltflüchtlingstags bedanke sie sich für das ehrenamtliche Engagement insbesondere der Älteren, die den geflüchteten Menschen sehr bei der Integration in die Gesellschaft geholfen hätten und es noch täten.

Der Koalitionsvertrag sehe vor, sich noch einmal mit dem Seniorenmitwirkungsgesetz zu befassen. Sie habe die Kritik registriert, die aus den vorgetragenen Fragen hervorgegangen sei. Das Gesetz gelte für die gesamte Stadt und solle in allen BVVen gleich gut funktionieren. Wo dies nicht der Fall sei, müsse man miteinander ins Gespräch kommen und für Verbesserungen sorgen.

Ihre Fraktion habe bei der Erarbeitung des Mobilitätsgesetzes darauf geachtet, dass es ein Gesetz für alle Verkehrsteilnehmende sei. Aus SPD-Sicht könne sie sagen, dass damit ein gutes Gesetz auf den Weg gebracht werde; Mobilität für alle sei wichtig, insbesondere für Ältere. Sie freue sich auf die weitere Zusammenarbeit mit den Seniorinnen und Senioren und danke für die bisherige Unterstützung.

**Maik Penn** (CDU) dankt Präsident Wieland für die Einladung zu der heutigen Veranstaltung, die ein gelungenes Format sei, um über die Kontakte zu den Seniorenvertretungen in den Bezirken und auf Landesebene hinaus miteinander ins Gespräch zu kommen. – Er bedauere,

dass gerade angesichts der Thematik Mobilität und Verkehr Senatorin Günther nicht an der Sitzung teilnehme.

Zum Leitthema des heutigen Tages – sicher mobil im Alter: Seine Fraktion habe von März bis Mai 2018 in sechs Bezirken Stadtteilkonferenzen zu Mobilität in Kiez und Metropole durchgeführt. Dabei sei eine Reihe von Hinweisen verstärkt zum Stichwort Barrierefreiheit eingegangen. Seine Fraktion werde im vierten Quartal 2018 einen Mobilitätskongress durchführen und entsprechende Interessenvertreter dazu einladen, um gemeinsam ein Mobilitätskonzept für Berlin zu beschließen.

Es sei wichtig, alle Verkehrsteilnehmer im Mobilitätsgesetz gleichermaßen einzubeziehen. Das Wort „Senioren“ tauche dort jedoch nicht einmal auf. Am 7. Juni 2018 habe das Sozialwerk Berlin gemeinsam mit dem Kommunalen Bildungswerk eine Veranstaltung im Zusammenhang mit dem Mobilitätsgesetz zum Thema Fußgänger in Berlin durchgeführt. Zwei Wortmeldungen seien ihm besonders in Erinnerung geblieben. Eine Dame habe unter starkem Applaus mitgeteilt, sie habe keine Angst vor Autos, sondern vor Radfahrern. Eine andere habe verlautbart, dass alle von Radfahrern redeten – warum nicht auch von den Seniorinnen und Senioren? Die Beiträge machten deutlich, dass offenkundig weiterer Bedarf bestehe, das Gesetz noch einmal in die Breite zu bringen und darzustellen, inwieweit die Belange der Seniorinnen und Senioren dabei berücksichtigt worden seien.

Zur Seniorensicherheit: In der letzten Legislaturperiode sei unter Innensenator Henkel von der CDU die Einbruchschutzberatung als kostenloses Angebot eingeführt worden. Seitdem seien die Zahlen dieser Beratung deutlich gestiegen. Der Präventionsbereich des Landeskriminalamts biete entsprechende Veranstaltungen an. Diese könnten auch in den Kiezen organisiert werden, z. B. auf Anregung der Fraktionen oder Abgeordneten. Man könne Polizeibeamte auch zu sich nach Hause kommen lassen; diese schauten, ob Türen und Fenster usw. auf dem aktuellen Stand der Technik seien. Für derlei stünden auch Fördermittel des Bundes bzw. steuerliche Vorteile zur Verfügung. Zudem würden Beratungen zum sog. Enkeltrick oder zum Thema Handtaschendiebstahl etc. angeboten. Er appelliere an die Anwesenden, diese Möglichkeiten in Anspruch zu nehmen.

Das Sozialwerk Berlin habe vor einigen Monaten gemeinsam mit Franz Müntefering, dem Vorsitzenden der Bundesarbeitsgemeinschaft der Senioren-Organisationen – BAGSO –, eine Veranstaltung zum Thema Altersdiskriminierung durchgeführt. Die CDU-Fraktion befasse sich gerade vor dem Hintergrund, dass die Gesellschaft immer älter werde und die Menschen erfreulicherweise länger fit seien, mit Altersgrenzen z. B. beim Blutspenden oder der Ausübung eines Schöffenamtes

Zwei Themen wolle er an den Senat adressieren: In seinem Wahlkreis in Treptow-Köpenick entstünden auf dem Areal des dortigen ehemaligen Güterbahnhofs 1 700 neue Wohnungen. Nach aktuellem Stand beabsichtige der Senat, einen Supermarkt, der sich derzeit noch mitten im Kiez befinde, wegzunehmen. Den Kommentar aus der Senatsverwaltung, die Menschen müssten dann halt einen Kilometer weiter laufen, halte er gerade für Seniorinnen und Senioren für nicht angebracht. Er bitte den Senat, diesen Umstand in die weitere Planung aufzunehmen. – In einer der letzten Sitzungen des Ausschusses für Soziales habe er Senatorin Breitenbach nach der Anzahl der barrierefreien Wohnungen gefragt, die der Senat in dieser Legislaturperiode bereits erreicht habe, ob dazu Bundesmittel für den sozialen Wohnungsbau abge-

rufen worden seien und wie viele barrierefreie Wohnungen für die nächsten Jahre geplant seien. Er hätte heute gerne die dafür zuständige Senatorin Lompscher befragt, die jetzt allerdings nicht mehr anwesend sei. Ggf. könnten die Zahlen noch in dieser Runde mitgeteilt werden, andernfalls über eine Schriftliche Anfrage.

**Carola Bluhm** (LINKE) dankt dem Senat, dass er der bereits viele Fragen beantwortet habe, die aus anderen Fachgebieten stammten. Dass das Mobilitätsgesetz nicht geheim gehalten werde, zeige sich bereits daran, dass der Landesseniorenbeirat eine sehr umfassende Stellungnahme dazu abgegeben habe, für die sie sich bedanke. Das Nebeneinander der verschiedenen Verkehrsarten spiele in dem Gesetz eine wichtige Rolle.

Die vorgetragene Frage, wie die Rechte der bezirklichen Seniorenvertretungen ausgeweitet werden könnten, zeige, dass das Prinzip an sich funktioniere, dass die Themen in den Bezirken behandelt würden, dass die Seniorenvertretungen sie in den BVV vorbringen und nicht davon abhängig sein wollten, ob der oder die BVV-Vorsteher/-in ihnen erlaube, sie in einem Ausschuss zur Sprache zu bringen. Die Aufgabe sei keine leichte, jedoch nehme die Koalition die Herausforderung an, gemeinsam mit den Stadträten und den BVV-Vertretern zu klären, wie die Rechte der Seniorenvertretungen – von der Frage der Entschädigung bis zu der, wie Partizipation verbessert werden könne – sinnvoll gestärkt werden könnten.

Sie empfehle allen Kommunal- und Landespolitikern, die Regelung des § 71 SGB XII als Pflicht- und Alltagsaufgabe zu begreifen, gerade angesichts dessen, dass 25 Prozent der Bevölkerung eines Bezirks über 65 Jahre alt seien. Viele der heutigen Probleme zeugten davon, dass einiges vor Jahren nicht gut gelöst worden sei und die öffentliche Hand nicht immer vorausschauend genug handle. Sie plädiere insofern für eine vorausschauende, umfassende Altenhilfe, die diesen Namen verdiene und Pflichtaufgabe in den Bezirken in dem Sinne sei, dass diese das Geld, über das sie nun, anders als in den letzten Legislaturperioden, verfügten, auch sinnvoll nutzten. Für eine gute Umsetzung sollten sie zudem die partizipativen Strukturen nutzen. Gute Beispiele sehe sie in Lichtenberg; Best-Practice-Beispiele sollten angenommen werden. Ihre Fraktion werde am 29. September 2018 den sog. seniorenpolitischen Ratsschlag veranstalten, bei dem die Themen noch einmal detailliert besprochen würden und auch die Mobilität im Alter eine Rolle spiele.

Die Linke setze sich für eine umfassende Umzugsinitiative für Menschen aller Altersstufen ein, insbesondere aber für Ältere, die innerhalb ihres gewohnten Umfeldes bleiben wollten und eine barrierefreie Wohnung durch Umbau oder Tausch wünschten. Sie sollten, was Beratung und Hilfe beim Umzug angehe, von A bis Z unterstützt werden. Darin liege ein wichtiger Beitrag, die vorhandenen Wohnungen besser aufzuteilen. Dies solle ein freiwilliges Angebot sein; niemand solle sich zu einem Umzug gedrängt fühlen.

Die Stadt sei, was Mobilität und Barrierefreiheit im öffentlichen Personennahverkehr angehe, bereits recht gut aufgestellt. Bei 75 Bushaltestellen sei ein Umbau in Arbeit. Von 54 U-Bahnhöfen, die noch nicht barrierefrei hergerichtet seien, würden in 2018 14 und in 2019/2020 weitere 44 Bahnhöfe entsprechend umgebaut. In 2021/2022 folgten die nächsten fünf Bahnhöfe.

Mit Bezug auf die Frage nach Kinderarmut etc. und digitaler Wandel: In der Auseinandersetzung damit, wie die Gesellschaft solidarischer und sozialer, wie das Miteinander neu organi-

siert werden könne, helfe, zumindest im Grundsatz, keine Digitalisierung. Sie verweise vielmehr auf den Runden Tisch zur Bekämpfung von Kinderarmut und Wohnungslosigkeit, bei dem alle Gremien der Stadt zusammenarbeiteten – die freien Träger, der Staatssekretär für das Ressort Wohnen etc. Damit werde eine neue Qualität erreicht: Statt auf die Zuständigkeit des Bundes o. Ä. zu verweisen, würden konkrete Verabredungen miteinander getroffen. Die Überschüsse, über die das Land derzeit verfüge, würden zielgerichtet für die jeweiligen Zwecke eingesetzt. – Sie appelliere an alle Seniorinnen und Senioren, sich auch weiterhin einzubringen, nicht nur beim Mobilitätsgesetz, sondern auch zu vielen weiteren Sachverhalten.

**Stefan Ziller** (GRÜNE) erklärt, auch in seiner Fraktion sei der Diskurs zum Seniorenmitwirkungsgesetz und zum Umgang damit in den Bezirken angekommen, auch bei den Grünen sei über den Vorschlag debattiert worden, das Bezirksverwaltungsgesetz zu ändern und die Rechte der Seniorinnen und Senioren zu stärken. Er plädiere dafür, darüber im Gespräch zu bleiben, denn letztlich helfe es den Betroffenen nicht, erhielten sie Rederecht, ohne dass ihnen jemand zuhöre. In der BVV und in den Ausschüssen vernünftig miteinander umzugehen sei eine Frage der politischen Kultur, die gesetzlich unterstützt werden könne, die vor allem aber gemeinsam weiterentwickelt und gelebt werden müsse. In Marzahn-Hellersdorf gelinge dies bereits sehr gut. Er sei Mitglied der Jugend-BVV gewesen und habe einen guten Umgang miteinander erlebt. In der dortigen BVV habe die Seniorenvertretung, so sie es wünsche, ein Rederecht.

Das Mobilitätsgesetz lege zunächst einen Schwerpunkt auf den Radverkehr und den ÖPNV; dies sei der Auftakt. Der Teil, der sich mit den Belangen des Fußverkehrs befasse, folge noch; dazu liefen derzeit Beteiligungsrunden, beispielsweise mit den Seniorenvertretungen und anderen Akteuren. Ein weiterer Teil werde sich mit der intelligenten Mobilität – selbstfahrende Busse etc. – und den Fragen befassen, wie der gesetzliche Rahmen dazu ausfallen müsse, wer welche Daten erhalte etc. In der nächsten Plenarsitzung werde mit dem Beschluss des ersten Teils des Mobilitätsgesetzes der Fokus auf alle Verkehrsteilnehmende und auf ein gutes Miteinander gelegt, weg von der einseitigen Fokussierung auf das Auto. Dass die verschiedenen Mobilitätsarten gemeinsam gedacht würden und am Ende nicht immer, wie beispielsweise bei den Ampelschaltungen, ins Feld geführt werde, der fließende Verkehr sei wesentlich, stelle eine Zeitenwende für die Stadt dar.

Digitalisierung, digitale Verwaltung und digitale Spaltung seien Themen, die alle umtreiben würden. Digitale Verwaltung bedeute, dass viele Dienste beispielsweise der Bürgerämter künftig online erledigt werden könnten. Der Diskurs dazu, dass deswegen ein Bürgeramt geschlossen werden könnte oder die Wege zu einem zentralen Bürgeramt länger würden, sei ihm bekannt. Sein Bild davon, wie Digitalisierung in der Stadt gelebt werden könne, sehe vor, dass dieses Thema die Chance biete, noch mehr miteinander zu kommunizieren und einander zu unterstützen. Als Orte böten sich Stadtteilzentren, Volkshochschulen und Bibliotheken etc. an. Manche Leistung könnte, wenn sie dort digital erledigt werde, sehr viel wohnortnäher als derzeit in Anspruch genommen werden, und zwar ohne Termin und mit persönlichem Kontakt, da man einander ggf. schon kenne. Seine Fraktion habe sich im Rahmen einer Klausur mit der Digitalisierung und deren Chancen befasst und dabei die Idee der sogenannten digitalen Woche entwickelt. So könnten in all den genannten Einrichtungen Fragen zur Digitalisierung – der Umgang mit dem Handy, die Nutzung von WhatsApp etc. – konkret geklärt werden, auch durch Vorträge junger Menschen, die sich damit auskennen. Digitalisierung so begriffen und gelebt bedeute, dass man sehr viel voneinander lernen könne.

**Herbert Mohr** (AfD) bittet einleitend um Entschuldigung, dass er die Veranstaltung vorfristig verlassen müsse, da er im Anschluss einen Kurs in Wassergymnastik für Seniorinnen und Senioren anbiete. Durch seine frühere Tätigkeit als Physiotherapeut auf geriatrischen Stationen wisse er, wie wichtig es sei, Bewegungsmangel vorzubeugen und beweglich zu bleiben. Er appelliere an alle Anwesenden, Präventionsangebote in Anspruch zu nehmen. Wer beweglich bleibe im Körper, bleibe dies auch im Geist.

Die AfD-Fraktion unterstütze die Regierung, wo sie es für sinnvoll erachte, konstruktiv in den heute schon angesprochenen Bereichen, beispielsweise bei der Herstellung von Barrierefreiheit im öffentlichen Personennahverkehr. Auch seiner Fraktion sei es wichtig, dass die Fahrstühle und Rolltreppen funktionierten bzw. in Ordnung gebracht würden und Barrierefreiheit sukzessive ausgebaut werde.

Die eingerichteten Pflegestützpunkte leisteten eine sinnvolle Arbeit, allerdings sei das Angebot noch nicht hinreichend genug bekannt. Es sei noch mehr Aufklärungsarbeit nötig, damit die Betroffenen wüssten, wo sie Hilfe erhalten könnten.

Senator Geisel habe es vorhin als Erfolg dargestellt, dass Sicherheitskräfte der BVG gemeinsam mit der Polizei verstärkt unterwegs seien. Er halte es vielmehr für bedauerlich, dass derlei notwendig sei, um das Sicherheitsgefühl der Berliner Bevölkerung wiederherzustellen. Der Senator habe zudem die angespannte Situation bei der Berliner Feuerwehr, insbesondere in Sachen Notfallrettung, angesprochen. Er selbst sei in den letzten Herbstferien zehn Tage von morgens 7 Uhr bis abends 19 Uhr als Sanitäter in einem Rettungswagen mitgefahren und könne bestätigen, dass die Berliner Feuerwehr am Rande der Kapazität arbeite. Der Notruf werde enorm häufig missbraucht. Anrufer beharrten auf das Kommen der Feuerwehr auch bei nichtigen Anlässen. Im Zweifel brauche die Feuerwehr bei einem wirklichen Notfall zehn Minuten länger und müsse von Pankow nach Kreuzberg fahren, weil Rettungsmittel fehlverwendet würden. Dieser Umstand sei aus Sicht seiner Fraktion deutlich zu kritisieren. Es gelte zu überlegen, der Feuerwehr Möglichkeiten an die Hand zu geben, gewisse Ansinnen auch ablehnen zu können, was zurzeit bedauerlicherweise nicht vorgesehen sei.

Ein Beispiel, wie seine Fraktion versuche, die Regierungsarbeit konstruktiv zu begleiten: Sie habe einen Antrag eingebracht, dass die Standorte der automatisierten externen Defibrillatoren – AED – registriert und im Leitsystem der Feuerwehr hinterlegt werden sollten. Bei einem Notfall – beispielsweise wenn eine Person mit Herz-Kreislauf-Stillstand in einer Einkaufsstraße zusammenbreche – könne Leben gerettet werden, würde die Feuerwehr über ihr Leitsystem sogleich erkennen, wo der nächste AED angebracht sei. Sie könnte die Helfer vor Ort telefonisch dort hinführen und bei der Ersten-Hilfe-Maßnahme anleiten.

**Sebastian Czaja** (FDP) dankt den Anwesenden, die sich ehrenamtlich für Berlin, für eine sich verändernde Stadt engagierten, in der es wesentlich sei, Lebensqualität aufrechtzuerhalten und soziale Teilhabe für jeden zu ermöglichen.

Seinem Eindruck zufolge sei das Mobilitätsgesetz zu einer Art Feigenblatt geraten, hinter dem sich letztlich ein Fahrradgesetz verberge. Als Opposition gelte es, sehr genau hinzuschauen, dass tatsächlich ein Mobilitätsgesetz für die Stadt verabschiedet werde, denn auch die Fußgänger, auch der ÖPNV seien relevant und wichtig. Der ÖPNV könne besser getaktet werden,

er könne sauberer und sicherer sein. Er spiele eine wesentliche Rolle für Berlin; er sei das Rückgrat der Stadt. Zudem seien auch das Miteinander und die Regeln in der Stadt von Relevanz. Daher sei eine Debatte vonnöten, bei der alle Verkehrsteilnehmer und Verkehrsträger eine Rolle spielten, statt dass am Ende die Fahrradripel geschont würden.

Das Thema Wohnen sei gleichfalls von größter Bedeutung, stelle aber auch eine riesige Herausforderung dar. Die Politik könne mit zahlreichen Maßnahmen etwas dafür tun, dass die Mieten auf einem Normalmaß verblieben. Wer von Senken der Mieten in einer Zeit spreche, in der die Lage am Berliner Wohnungsmarkt angespannt sei, in der bis 2030 200 000 Wohnungen benötigt würden, der werde dieses Ziel wohl nicht erreichen. Man könne jedoch einiges erreichen, würde mehr gebaut. In den letzten 500 Tagen von Rot-Rot-Grün hätten 12 000 Wohnungen mehr errichtet werden können.

Zugleich weise er darauf hin, dass das Berliner Abgeordnetenhaus wie auch viele andere Parlamente in Deutschland die größten Kostentreiber seien. Sie müssten die Gesetze, die sie beschlössen, hinterfragen. Seine Fraktion fordere einen sogenannten Mieten-TÜV, der jedes Gesetz, das im Abgeordnetenhaus beschlossen werde, auf seine Auswirkungen auf die Miete und die zweite Miete hin untersuche. Eine große Chance biete sich bei der Grundsteuer. Eine 59 qm große Wohnung führe am Ende des Jahres zu einer Belastung von 300 Euro für jeden. Eine echte Entlastung auch für die Mieterinnen und Mieter läge darin, die Grundsteuer zu senken oder gar auf Null zu setzen; es handele sich dabei um eine Wohnraumsteuer.

Seine Fraktion wolle darüber hinaus auch dazu beitragen, dass das Zusammenleben in der Stadt sicherer werde und die Polizei dort, wo sich die Stadt verändere, frühzeitig eingebunden werde. Allzu häufig werde in Berlin lediglich reagiert statt dass Umstände präventiv betrachtet würden. Städtebauliche Veränderungen wie geänderte Wegebeziehungen führten häufig dazu, dass Räume dunkler würden. Dem könne man mit Lichtkonzepten vorbeugen. Zudem könnten Errungenschaften, die sich einmal als gut erwiesen hätten, wieder eingesetzt werden. Die FDP-Fraktion fordere insofern mehr Polizei auf der Straße statt mehr Videoüberwachung sowie die Wiedereinführung der Kontaktbereichsbeamten, die in den Kiezen unterwegs seien. Diese seien wichtig, um in Kontakt mit der Bevölkerung zu kommen; sie kennten die Probleme vor Ort.

Das Thema Rente könne tatsächlich nur in Teilen bis gar nicht vom Berliner Landesparlament beeinflusst werden. Allerdings hätten alle miteinander eine gesellschaftliche Verantwortung. Daher sei es richtig, vom Deutschen Bundestag zu fordern, dass hier etwas geschehe. Die FDP wolle einen Beitrag dazu leisten, dass es den Kindern und Enkelkindern der heute Anwesenden besser gehe, indem in der Rentenpolitik die richtigen Weichen gestellt würden.

#### Spontane Fragen aus dem Auditorium

**Marianne Kellner** (u. a. Versichertenälteste der Deutschen Rentenversicherung Berlin-Brandenburg) führt aus, dass zunehmend mehr Versicherte, die eine Hinterbliebenenrente beantragten, die Sterbeurkunde erst nach der 30-Tage-Frist erhielten, somit keine Dreimonatsrente bekämen und dadurch in ein finanzielles Loch fielen. Wie solle der Umstand behoben werden, damit die gesetzliche Vorgabe der Rentenversicherung – die 30-Tage-Frist – in Berlin eingehalten werde? In Brandenburg gelinge dies.



**Senatorin Elke Breitenbach** (SenIAS) teilt mit, das Problem sei dem Senat bekannt; Senator Geisel habe vorhin bereits ein ähnliches Beispiel angeführt. Noch in diesem Monat finde eine Senatsklausur statt, die sich mit der Frage befasse, wie Verbesserungen bei Behörden, insbesondere jenen mit Publikumsverkehr, herbeigeführt werden könnten.

**Joachim Kellner** (Seniorenvertretung Steglitz-Zehlendorf) erkundigt sich, wieso der Senat nicht schon vor Jahren die Altersstruktur bei der Polizei und den Umstand im Blick gehabt habe, dass nunmehr so viele Kräfte in den Ruhestand gingen.

Warum müssten ältere Menschen, die gewillt seien, in eine kleinere Wohnung zu ziehen und die dadurch für Familien mit Kindern eine große Wohnung freimachten, für die kleinere Wohnung letztlich dieselbe oder gar eine höhere Miete zahlen als zuvor?

**Senatorin Elke Breitenbach** (SenIAS) erwidert, niemand sei von der Tatsache überrascht worden, dass viele Beschäftigte im öffentlichen Dienst in den Ruhestand gingen. Jedoch sei der jetzige Senat erst seit anderthalb Jahren im Amt, und die drei Fraktionen, die eine Koalitionsvereinbarung miteinander geschlossen hätten, hätten immer unterschiedliche Vorstellungen gehabt. In den letzten Jahren habe im Land Berlin ein Einstellungsstopp geherrscht. Seit Beginn der neuen Legislaturperiode sei man dabei, intensiv und schnell Stellen zu besetzen und die Ausbildungszahlen zu erhöhen.

Seit Kurzem sei es den Mieterinnen und Mietern der landeseigenen Wohnungsunternehmen möglich, in eine kleinere Wohnung zu ziehen, ohne einen höheren Mietzins als jenen zahlen zu müssen, den sie für die vielleicht schon seit vielen Jahren bewohnte größere Wohnung entrichteten. Damit habe man in Berlin einen Fortschritt erzielt, insbesondere wenn man sich die Quadratmeterpreise der Wohnungen auf dem freien Markt anschau. Senatorin Lompscher habe bereits darauf verwiesen, dass das Mietrecht Bundesrecht sei. Das Land Berlin habe hier nur sehr eingeschränkte Eingriffsmöglichkeiten. Die skizzierte Tauschoption sei insofern eine begrüßenswerte Variante.

**Ulker Radziwill** (SPD) erinnert daran, dass ihre Fraktion bereits in der letzten Legislatur versucht habe, beim Fachkräftemangel umzusteuern. Sie habe sich über den damaligen Senator Henkel von der CDU durchaus geärgert, dass dieses Unterfangen nicht so recht in Gang gekommen sei. Es gelte allerdings auch zu beachten, dass Berlin innerhalb von fünf Jahren sehr schnell gewachsen sei und es einige Zeit in Anspruch nehme, die Verwaltung gut aufzustellen. Dies stehe in der Verantwortung aller im Parlament; daran arbeite man gemeinsam.

Das Land habe die Möglichkeit, Veränderungen bei den landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften einzuführen. Diese habe sie auch genutzt; sie verweise auf das entsprechende Bündnispapier. Problematisch sei, dass sich die privaten Vermieter nicht an diesem Bündnis beteiligten. Allerdings würden Gespräche mit Verbänden geführt, um sich, ähnlich wie bei den städtischen Wohnungsbaugesellschaften, aufeinander zuzubewegen und Vereinbarungen zu erzielen. Hieran müsse noch gearbeitet werden. Zudem müsse das Bundesmietrecht so gestaltet werden, dass es weiterhin mieterfreundlich bleibe und Mietsteigerungen noch stärker dämpfe. Daran arbeite die SPD-Seite.

**Maik Penn** (CDU) erklärt, in der letzten Legislaturperiode sei er noch nicht Mitglied des Abgeordnetenhauses, sondern als Polizeibeamter in der Direktion III tätig und dort zuständig für Aus- und Fortbildung gewesen. Den Verlauf der Stellenentwicklung könne er aus der Praxis bestätigen. Zwischen den Jahren 2001 und 2011, als SPD und Linksfraktion in Berlin regiert hätten, seien insgesamt 1 800 Polizeistellen abgebaut worden. Das entspreche der Personalstärke einer gesamten Polizeidirektion mit sechs Abschnitten und der gesamten Kriminalpolizei vor Ort. Zum Einwand, damals habe es den Bankenskandal und eine schwierige Haushaltslage gegeben: Mit knapp 60 Milliarden Euro Schulden bestehe letztere heute immer noch. Es zeige sich, dass, wenn man im Bildungsbereich, bei der Infrastruktur von Schulen, der Polizei oder Feuerwehr spare, man letztlich doppelt zahle. Die Vorgehensweise sei insofern ein Fehler gewesen.

Der aktuelle Innensenator sei sicherlich bemüht, im Rahmen der Haushaltsberatungen für mehr Stellen zu sorgen. Dies sei auch in der letzten Legislaturperiode geschehen. Als Frank Henkel im Jahr 2011 das Amt des Innensensors übernommen habe, habe die Berliner Polizei über 21 425 Stellen verfügt. Als er aus dem Amt ausgeschieden sei, habe die Polizei, inklusive des Doppelhaushalts 2016/2017 22 300 Stellen gehabt. In der ersten Plenarsitzung nach den Wahlen in 2016 habe die Linksfraktion einen Zwischenruf getätigt, Senator Henkel hätte die Mittel nicht abgerufen, es gebe Hunderte von unbesetzten Stellen. Das habe Innensenator Geisel in der nächsten Plenarsitzung dazu genötigt mitzuteilen, dass dies nicht zutreffe, dass es lediglich eine zweistellige Anzahl unbesetzter Stellen gebe, und zwar für diejenigen, die aus dem Mutterschutz zurückkehrten bzw. für jene, die verspätet zu den Dienststellen kämen, weil sie die Ausbildung nicht im ersten Anlauf geschafft hätten. Die Trendwende mit deutlich mehr Stellen und einem Zuwachs bei der Besoldung sei in der letzten Legislaturperiode eingeleitet worden. Dieser Trend müsse fraglos fortgeführt werden.

**Carola Bluhm** (LINKE) plädiert dafür, den parteipolitischen Streit zurückzustellen und zu den Fakten zurückzukehren. Alle seien nicht vorausschauend genug gewesen. Derzeit seien nicht genügend Lehrerinnen und Lehrer, Erzieherinnen und Erzieher vorhanden, was zum Teil unterschiedliche Gründe habe. Jedoch habe die Politik nicht genug dafür getan, um den Nachwuchs rechtzeitig zu sichern. Bei Lehrer/-innen brauche es einen Vorlauf von fünf Jahren. Unter der Führung von Innensenator Henkel seien 50 Millionen Euro übriggeblieben – darüber brauche man nicht zu streiten, das stehe so im Haushaltsplan –, gedacht für Personal bei der Polizei, und das zu einer Zeit, als das Land bereits Überschüsse gemacht habe.

Viel dramatischer aber sei, dass eine Legislaturperiode verschlafen worden sei, die Besoldung der Beamtinnen und Beamten wieder an den Durchschnitt der anderen Bundesländer heranzuführen. Derzeit bestehe noch immer eine Differenz von über 4 Prozent. Erst am Ende der Legislaturperiode werde man beim Durchschnitt der anderen Bundesländer angelangt sein. Darin liege begründet, dass jene, die die Möglichkeit hätten, beim Bund oder in Brandenburg tätig zu werden, dies auch in Anspruch nähmen. Das Land Berlin müsse ein attraktiver, flexibler und moderner Arbeitgeber sein. All dies werde in der Senatsklausur eine Rolle spielen. Es gelte zudem, die vielen Erfolge, die es in dem Bereich bereits gebe, nach außen zu tragen.

Was die Tauschinitiative von Wohnungen angehe, biete sie an, im Anschluss an die Veranstaltung Auskunft zu den Details zu geben. Anfang des Jahres sei zwischen den Wohnungsbau-Gesellschaften ein Konzept erstellt worden, das vorsehe, dass alle Gesellschaften untereinander ihren jeweils tauschwilligen Mieterinnen und Mietern deutlich bessere Bedingungen

als zuvor anböten. Diese könnten in den alten Vertrag einsteigen, jedenfalls was die Nettokaltmiete angehe; die verbrauchsabhängigen Kosten würden gesondert abgerechnet. Darin liege eine gelungene Anreizfunktion, wenn man eine Wohnung innerhalb der öffentlichen Unternehmen tauschen wolle. Sie hoffe, dass auch private Unternehmen dazu animiert werden könnten, sich an dieser Initiative zu beteiligen.

**Stefan Ziller** (GRÜNE) bemerkt, man werde schauen müssen, wie die von seiner Vorrednerin vorgestellte Wohnungstauschoption angenommen werde und funktioniere. Die Kunst werde sein, private Genossenschaften mit ins Boot zu nehmen. Solange das Eigentum von Wohnungen so geregelt sei, wie es heute der Fall sei, sei es für die Politik schwer, Muss-Bestimmungen vorzugeben.

Eine rückblickende Betrachtung der Personalentwicklung helfe nicht viel. In Marzahn-Hellersdorf seien noch Schulen abgerissen worden, als schon bekannt gewesen sei, dass diese wieder benötigt würden. Für die Zukunft bleibe festzuhalten, dass dem Land eine riesige Herausforderung bevorstehe. Allen – der Senat, der Koalition, wahrscheinlich auch der Opposition – sei wahrscheinlich noch gar nicht bewusst, was auf die Stadt zukomme, wie es beispielsweise gelinge, Fachkräfte auf dem Markt zu finden für jene, die in den nächsten Jahren in den Ruhestand gingen, oder wie Nachwuchskräfte akquiriert und junge Leute für die öffentliche Verwaltung gewonnen werden könnten. Wer gute Ideen dazu habe, möge sie vorbringen. Es gelte, die Herausforderung gemeinsam zu bewältigen. Die hier Anwesenden könnten beispielsweise ihre Enkel/-innen motivieren, in die Berliner Verwaltung zu gehen.

Auf der Senatsklausur Ende Juni stehe ein Personalentwicklungskonzept auf der Tagesordnung, womit ein Baustein gesetzt und ein Anfang gemacht werde. Das Thema werde Berlin wie auch alle anderen Bundesländer allerdings noch die nächsten zehn Jahre begleiten. Die aktuelle Koalition allein werde es nicht lösen, mit einem einzigen Konzept werde es nicht getan sein.

**Sebastian Czaja** (FDP) führt aus, die Berliner Polizei brauche eine langfristige Personalentwicklungsplanung, die die komplette Behörde wie auch die Berliner Verwaltung einbeziehe. Die Probleme der Stadt würden bei den Hebammen anfangen, sie gingen mit der Ausstellung der Geburtsurkunde weiter, führten zur Kfz-Zulassung und endeten bei der Sterbeurkunde. Bei solchen behördlichen Vorgängen, die eigentlich Selbstverständlichkeiten seien, müsse Berlin deutlich besser werden.

Dies gelinge, wenn man Digitalisierung als Chance verstehe und man die Verwaltung auf die Bereiche konzentriere, in denen sie tatsächlich etwas leisten müsse. Derzeit kämen pro Jahr 40 000 bis 50 000 Menschen neu in die Stadt; 150 000 zögen pro Jahr um. Damit hätten die Bürgerämter 200 000 Meldevorgänge zu erledigen; viele blieben liegen. Im Rahmen der Digitalisierung könnte man zumindest anbieten, Meldevorgänge digital vorzunehmen, sodass der Verwaltung mehr Kapazitäten und Ressourcen für andere notwendige Dinge zur Verfügung zu stünden.

Die Ordnungsämter sollten sich zudem auch um den ruhenden Verkehr kümmern, auch nach 22 Uhr, damit die Berliner Polizei sich mit ihren polizeilichen Aufgaben befassen könne. Schreibdienste in den Polizeibehörden könnten des Weiteren dazu beitragen, dass die Polizeikräfte sich bei einer Zwölfstundenschicht nicht mehr sechs Stunden mit Verwaltungstätigkeit

ten beschäftigen müssten. Dadurch stünden relativ schnell 3 000 Stellen aus der bestehenden Truppe für die Arbeit auf der Straße zur Verfügung.

**Herbert Probst** (Seniorenvertretung Mitte) bemerkt einleitend, er sei als Fachsprecher im Landesseniorenbeirat für Verkehr und Mobilität im Alter zuständig. Bezeichnend für den heutigen Tag sei, dass weder die zuständige Senatorin Günther noch die verkehrspolitischen Sprecher/-innen der Fraktionen anwesend seien. – Wie stelle der Senat sicher, dass ab dem 28. Juni 2018, wenn das Mobilitätsgesetz in den ersten drei Teilen verabschiedet sei, die Belange der Schwachen – dies seien die Seniorinnen und Senioren, die Menschen mit Behinderung und Kinder – in ausgewogener Weise berücksichtigt würden? Das Gesetz beziehe sich derzeit allein auf die Radfahrer und den öffentlichen Personennahverkehr. Die Fußgänger müssten noch ein Jahr warten, bis ihre Belange Berücksichtigung fänden.

**Stefan Ziller** (GRÜNE) teilt mit, das Mobilitätsgesetz befasse sich nicht allein mit dem Radverkehr, sondern auch mit dem ÖPNV und dem Thema Barrierefreiheit etc. Im weiteren Verlauf würden weitere Fragen geklärt, beispielsweise zum Fußverkehr. Der Senat habe sich zum Ziel gesetzt, Gesetze nicht einfach am Schreibtisch zu konzipieren, sondern sie gemeinsam mit der Stadt zu entwickeln. Zum ersten Teil habe, ausgehend von dem Volksentscheid, ein großer Dialog stattgefunden. An dem derzeit stattfindenden Fußverkehrdialog seien vermutlich auch Mitglieder der Seniorenvertretungen beteiligt. Der Koalition sei es wichtig, dass dieser Dialog intensiv geführt werde. Bei der Auswertung der Dialogformen durch die Verkehrsverwaltung seien viele Aspekte aufgekommen, die die Verwaltung einige Jahre zuvor noch nicht berücksichtigt habe. Wer dazulerne, entwickle sich auch weiter. Mit dem 28. Juni 2018 werde sich das Leben in der Stadt nicht komplett ändern. Jedoch ändere sich Stück für Stück die Entscheidungsgrundlage der Verwaltung – bei den Bezirken, der Verkehrslenkungen und all den Stellen, bei denen Anliegen vorgetragen bzw. Planungen vorgenommen würden.

Das Mobilitätsgesetz schreibe, soweit er es momentan präsent habe, mit einer Jahresfrist vor, Barrierefreiheit im öffentlichen Raum zu sichern. Wenn eine Rolltreppe oder ein Fahrstuhl ausfalle oder ein Bus nicht barrierefrei nutzbar sei, sei die öffentliche Verwaltung oder der Verkehrsträger verpflichtet, Alternativen zu finden. Im Zweifel müsse, wenn die Technik versage, Personal zur Verfügung gestellt werden, das die Barrierefreiheit sicherstelle. Das Beispiel zeige, dass das Mobilitätsgesetz hierzu sehr anspruchsvoll sei. Die Koalition biete an, dass Politik und Verwaltung die Entwicklungen gemeinsam mit der Stadt voranbrächten. Er sei durchaus stolz darauf, dass man diese Veränderung in so kurzer Zeit zustande gebracht habe.

**Charlotte Hahn** (Seniorenvertretung Mitte) bittet um Auskunft, wer die Kosten der Digitalisierung trage. Es sei stets die Rede davon, wie sehr die Verwaltung dadurch entlastet werden könne, letztendlich werde aber von dem Einzelnen erwartet, dass er einen Internetanschluss, ein internetfähiges Mobiltelefon und ggf. auch einen Drucker besitze. Welche Überlegungen stelle der Senat an, die Vorzüge der Digitalisierung in Verwaltung und Unternehmen auch den Bürgerinnen und Bürgern zugänglich zu machen, beispielsweise mit einem kostenlosen Internetzugang? Wenn diese Frage heute nicht beantwortet werden könne, rege sie an, dass die anwesenden Vertreterinnen und Vertreter der Politik sie mitnähmen und darüber nachdächten.

**Senatorin Elke Breitenbach** (SenIAS) erklärt, viele Menschen wünschten, ihre Anliegen digital erledigen zu können. Mit jeder weiteren Generation werde diese Vorgehensweise selbstverständlicher. Es sei jedoch nie die Rede davon gewesen, dass alle gezwungen würden, das Internet zu nutzen und sich einen Computer anzuschaffen usw. Diese Entscheidung obliege weiterhin jedem selbst. Die papierlose Verwaltung werde nicht von heute auf morgen Einzug halten. Man stehe hier ganz am Anfang, der Umstellungsprozess werde relativ lange Zeit in Anspruch nehmen. Bis man an dem Punkt angelangt sei, werde Digitalisierung für die Mehrheit der Menschen etwas Selbstverständliches sein.

Vermutlich werde es immer auch Personen geben, die weiterhin auf dem bisherigen Weg kommunizieren wollten; dies müsse man dann auch fortführen. Für viele Menschen, gerade für jene mit Behinderung, stelle die Digitalisierung der Verwaltung jedoch eine große Erleichterung und Chance dar; auch so funktioniere Teilhabe. Es gelte, das eine zu machen, das andere nicht zu lassen. Es werde niemand ausgegrenzt, bzw. es werde niemand gezwungen, an der Digitalisierung teilzunehmen.

**Sebastian Czaja** (FDP) merkt an, Berlin arbeite seit Jahren daran, ein öffentliches W-LAN herzustellen – etwas, was in Polen und anderen Ländern längst üblich sei. Er wolle gerne daran mitarbeiten, dass dies auch in Berlin funktioniere. Ein öffentlich zugängliches W-LAN stelle Teilhabe für alle sicher.

**Ulker Radziwill** (SPD) bestätigt, der öffentliche Zugang zum Internet sei eine Form der Daseinsvorsorge. Man dürfe nicht zulassen, dass Menschen von Informationen abgekoppelt würden. Es sei insofern perspektivisch wichtig, dass ein kostenloser Zugang ermöglicht werde. Wer zu Hause nicht über einen Internetanschluss verfüge, könne diesen beispielsweise in den Stadtteilzentren nutzen.

**Altun Aktürk** (Seniorenvertretung Neukölln) fragt, warum Pflegeheime an amerikanische Investoren verkauft würden, ebenso wie in der Vergangenheit Wohnungen verkauft worden seien. Die Firmen investierten vielleicht, zögen dann aber Mittel in Millionenhöhe ab.

**Präsident Ralf Wieland** schlägt vor, die Frage zur Beantwortung an die zuständige Senatorin weiterzuleiten.

Er bedanke sich bei allen Beteiligten der heutigen Veranstaltung, insbesondere bei Frau Dr. Hambach und Frau Lämmer, sowie bei den Besucherinnen und Besuchern für ihr Kommen.